

Eva Christof

KANALBENÜTZUNGSGEBÜHREN IN DER STEIERMARK

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Wirtschaftswissenschaften

Erstprüfer: Prof. Dr. Johannes N. Stelling

Zweitprüfer: Prof. Dr. Andreas Hollidt

Matrikelnummer: 27142

Seminargruppe: BW08w2BGA

Laßnitzhöhe, Juli 2012

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS.....	II
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	IV
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	V
1. Einleitung	1
1.1. Problemstellung.....	2
1.2. Ziel	2
2. Grundlagen der Kanalbenützungsgebühren	4
2.1. Historische Grundlagen.....	4
2.2. Rechtliche Grundlagen	7
2.2.1. Wasserrechtsgesetz	7
2.2.2. Maastricht-Kriterien	8
2.2.3. Gemeindeabgabenordnung.....	9
2.2.4. Kanalabgabengesetz.....	9
2.3. Zuständigkeiten/Verantwortungsbereich/Beteiligte	12
2.3.1. Bund	13
2.3.2. Land	14
2.3.3. Kommune	16
2.3.4. Abwasserverband.....	17
3. Kosten- und Leistungsrechnung.....	20
3.1. Definition	20
3.2. Kostenrechnungssysteme	24
3.2.1. Kostenartenrechnung	25
3.2.2. Kostenstellenrechnung	27

3.2.3.	Kostenträgerrechnung	27
3.3.	Kennzahlen	28
3.4.	Anwendung in der Wasserwirtschaft	30
3.5.	Beispiele für die Kosten- und Leistungsrechnung in der Siedlungswasserwirtschaft.....	34
3.5.1.	Betriebsabrechnungsbogen der Kommunalkredit Public Consulting.....	34
3.5.2.	Betriebsabrechnungsbogen des Abwasserverbandes Grazerfeld	37
3.5.3.	Ermittlung Kostendeckungsschwellenwerte Land Steiermark.....	40
4.	Berechnungsmodelle	44
4.1.	Modell nach Wasserverbrauch	45
4.2.	Modell nach Einwohnergleichwert	47
4.3.	Modell nach Quadratmeter	49
4.4.	Misch-Modelle und sonstige Modelle	50
5.	Auswirkungen	51
5.1.	Politische Auswirkungen	51
5.2.	Soziale Auswirkungen	53
6.	Resümee.....	57
6.1.	Maßnahmen.....	57
6.2.	Fazit.....	59
	LITERATURVERZEICHNIS.....	I
	ANHANG	VI
	EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG	XI

Abkürzungsverzeichnis

AfA	Absetzung für Abnutzung
ARA	Abwasserreinigungsanlage
AWV	Abwasserverband
BAB	Betriebsabrechnungsbogen
dh	das heißt
etc.	et cetera
EW	Einwohner
EWG	Einwohnergleichwert
GSA	Gemeinschaft Steirischer Abwasserentsorger
i.d.g.F.	in der gegebenen Fassung
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
MwSt.	Mehrwertsteuer
ÖWAV	Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband
SWW	Siedlungswasserwirtschaft
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WRG	Wasserrechtsgesetz
uä	und ähnliches
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
zB	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1:	SCHMALENBACH TREPPE	21
ABBILDUNG 2:	VERGLEICH VON KOSTENARTEN	22
ABBILDUNG 3:	KOSTENRECHNUNGSSYSTEME NACH DEN KRITERIEN ZEITBEZUG UND SACHUMFANG DER VERRECHNETEN KOSTEN	25
ABBILDUNG 4:	ARTEN ZUR BERECHNUNG DER RENTABILITÄT	29
ABBILDUNG 5:	KOSTEN- UND LEISTUNGSCALCULATION FÜR ABA UND WVA	35
ABBILDUNG 6:	KOSTENSTELLENSTRUKTUR AWV GRAZERFELD	38
ABBILDUNG 7:	BETRIEBSABRECHNUNGSBOGEN AWV GRAZERFELD	39
ABBILDUNG 8:	BETRIEBSABRECHNUNGSBOGEN AWV GRAZERFELD	39
ABBILDUNG 9:	KOSTENUNTERDECKUNGSSCHWELLENWERT	42
ABBILDUNG 10:	KOSTENÜBERDECKUNGSSCHWELLENWERT	43
ABBILDUNG 11:	BERECHNUNGSSYSTEME, ANZAHL DER GEMEINDEN UND HAUSHALTE	44
ABBILDUNG 12:	GEBÜHRENBERECHNUNGSSYSTEM WASSERVERBRAUCH	46
ABBILDUNG 13:	GEBÜHRENBERECHNUNGSSYSTEM EINWOHNERGLEICHWERT	48
ABBILDUNG 14:	GEBÜHRENBERECHNUNGSSYSTEM FLÄCHE	49
ABBILDUNG 15:	GEGENÜBERSTELLUNG DER DURCHSCHNITTlichen KANALBENÜTZUNGSGEBÜHREN 1995 UND 2009 NACH BEZIRKEN	53
ABBILDUNG 16:	FEHLWÜRFE	55
ABBILDUNG 17:	WASSERKREISLAUF	59

1. Einleitung

In Zeiten der Finanzkrise sind nicht nur Länder innerhalb der Europäischen Union gefährdet in den finanziellen Bankrott zu rutschen auch die kleinste öffentliche Einheit, die Kommunen, sind vor dem finanziellen Bankrott nicht gefeit.

In der folgenden Arbeit soll im Speziellen auf die Kanalbenützungsgebühren eingegangen werden, da diese Gebühren rund 88 Prozent der Einnahmen der Gemeinden darstellen.

Im zweiten Kapitel werden sowohl die historischen und rechtlichen Grundlagen für die Kanalbenützungsgebühren als auch die Aufgaben, welche die zuständige Institution übernehmen, beschrieben.

Der dritte Punkt beschreibt die Kosten- und Leistungsrechnung im Allgemeinen und in welcher Form die KLR in der Siedlungswasserwirtschaft angewendet wird.

Der vierte Abschnitt zeigt, welche politischen und sozialen Auswirkungen die Kanalbenützungsgebühren haben können.

Das Schlusskapitel fasst die Maßnahmen zusammen, die in der Siedlungswasserwirtschaft gesetzt werden können und welche Erkenntnisse im Laufe der Arbeit erfolgt sind.

Um das umfassende Thema einzugrenzen wird ausschließlich die Steiermark als Beispiel für ihre Kanalbenützungsgebühren herangezogen.

1.1. Problemstellung

Es gibt eine Vielzahl an Problemen, die im Zusammenhang mit der Berechnung der Kanalbenützungsgebühren stehen. So ist es wichtig, dass eine entsprechende Gebühr verrechnet wird, die einerseits den Gemeinden, andererseits den Bürgern keinen wirtschaftlichen Schaden einbringt. Es muss also ein gutes Mittelmaß gefunden werden, das für beide Seiten verträglich ist.

Allerdings ist es bei vielen Gemeinden genau der Fall, dass die Gebühren entweder zu hoch oder zu niedrig angesetzt sind. Eine Kosten- und Leistungsrechnung wird kaum durchgeführt, es wird lediglich überprüft, ob die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt sind – doch der Weitblick fehlt.

Nachdem jede Gemeinde ihre Gebührenkalkulation so gestalten kann, wie sie möchte, gibt es eine Vielzahl von Berechnungsmodellen die angewendet werden.

Viele BürgermeisterInnen vermeiden das Thema Kanalbenützungsgebühren vor den Wahlen. Der Kanal ist nicht „sichtbar“, deswegen fehlt den BürgerInnen oft das Verständnis für Gebühren, die sie sozusagen die Toilette runter spülen.

1.2. Ziel

Ziel der Arbeit ist, dass auf einfache Weise erklärt werden soll, auf welchen Grundlagen die Kanalbenützungsgebühren basieren und wer an einem aufrechten Betrieb des Kanalnetzes notwendig ist.

Es soll ebenso gezeigt werden, welche Möglichkeiten es gibt eine Kosten- und Leistungsrechnung im öffentlichen Bereich durchzuführen und wie sie bereits angewendet wird.

Desweiteren sollen die verschiedenen Berechnungsmodelle mit den dazugehörigen Vor- und Nachteilen vorgestellt werden. Es soll eine Erklärung gefunden werden, warum es in der Steiermark so viele und unterschiedliche Berechnungen gibt.

Abschließendes Ziel ist eine Beurteilung, ob es gerechte Benützungsgebühren gibt und welchen Einfluss alle Beteiligten darauf haben.

2. Grundlagen der Kanalbenützungsgebühren

Im nächsten Abschnitt wird dargestellt, welche historischen und rechtlichen Grundlagen für die heutigen Kanalbenützungsgebühren notwendig waren und sind. Bereits im 19. Jahrhundert wurden die ersten Grundsteine für den Kanal gelegt.

2.1. Historische Grundlagen

Am 10.11.1830 (Wasserbaunormale) wurden zum ersten Mal im Hofkanzleidekret die ersten gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Kanalbau festgesetzt. Danach waren die Kosten eines Wasserbaues durch den Staat und die örtlichen Interessenten im Verhältnis des ihnen entstehenden Nutzens aufzubringen. Eine Einbeziehung der Länder erfolgte mit dem Reichsgesetz vom 30.06.1884, RGBl. 116/1884 (Meliorationsgesetz). Diese Regelungen aus der Monarchie wurden 1925 zunächst grundsätzlich wieder in Kraft gesetzt¹

Im Jahre 1947 wurden die Finanzierungen und die Förderungen von Wasserbauten mit dem Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG), BGBl. 34/148 neu geregelt. Damit sollten die Kriegsschäden beseitigt und die Wirtschaft angekurbelt werden. Zunächst stand die Wasserversorgung im Vordergrund, doch nach einer Typhusepidemie, die zur Jahreswende 1945/46 in Hartberg (Steiermark) viele Todesopfer forderte, setzte sich auch die Sinnhaftigkeit einer geordneten Abwasserentsorgung verstärkt durch.²

Um das Jahr 1970 waren die wasserrechtlichen Grundlagen für die Siedlungswasserwirtschaft, insbesondere von Abwässern noch unpräzise. So

¹ Vgl. Machatsch, Bernhard: Das Förderungswesen in der Siedlungswasserwirtschaft. Graz: o.J. S. 32

² Vgl. Machatsch, Bernhard: Das Förderungswesen in der Siedlungswasserwirtschaft. Graz: o.J. S. 32

wurden Hausabwässer oft fehlinterpretiert, da sie eine vermeintlich geringfügige Einwirkung auf die Qualität der Gewässer hat. Mit der neuen Steiermärkischen Bauordnung, die mit 01.01.1969 in Kraft getreten ist, wurde den Bürgermeister*innen, als Baubehörde, der Auftrag zur Kontrolle der Abwasserentsorgung erteilt. Durch diese Novelle waren die Bürgermeister*innen für den Grubendienst zuständig. Sie mussten darauf achten, dass die weit verbreiteten Sammelgruben fachkundig entleert wurden und flüssigkeitsdicht waren.³

Im Jahre 1985 stieg das Umweltbewusstsein rasant an, so wurden vor allem Gewerbe- und Industriebetriebe scharf kritisiert, dass sie sich nicht an die wasserrechtlichen Vorgaben halten würden. Es wurde das Mur- und Raabsanierungsprogramm gestartet, das vor allem die zu treffenden Maßnahmen, die Finanzierung, die Umsetzungsfristen, die Information der Öffentlichkeit und neue Forschungsinitiativen für den Bereich der Zellstoffindustrieabwässer zum Inhalt hatte.⁴

Mit der Raumordnungsgesetzesnovelle 1985 wurde ein Bauland erst als vollwertig anerkannt, wenn eine Abwasserentsorgung sichergestellt war. Baugründe, ohne Kanalanschluss wurden mit einem Sanierungsplan ausgestattet, der innerhalb gewisser Fristen eingehalten werden musste. Diese Novelle war ein wesentlicher Impuls zur Abwasserentsorgung im ländlichen Raum.⁵

1990 kam es zu einer Novellierung des Wasserrechtsgesetzes. Es wurde der Stand der Technik verbindlich eingeführt, das bedeutet, dass alle bestehen-

³ Vgl. Rupprecht, Manfred: Die Steirische Siedlungswasserwirtschaft in Gesetzen und Programmen. Graz: o.J. S. 14

⁴ Vgl. Rupprecht, Manfred: Die Steirische Siedlungswasserwirtschaft in Gesetzen und Programmen. Graz: o.J. S. 14 f.

⁵ Vgl. Rupprecht, Manfred: Die Steirische Siedlungswasserwirtschaft in Gesetzen und Programmen. Graz: o.J. S. 15

den und zukünftigen Abwasserreinigungsanlagen die erforderlichen Standards erfüllen müssen.⁶

Mit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahre 1995 wurden weitere Ziele und Maßnahmen vereinbart, die im nächsten Abschnitt genauer erklärt werden.

Im Jahr 2000 schrieb das Ökoprogramm 2000 des Landes Steiermark vor, dass 75% (80% wurden erreicht) aller steirischen Haushalte an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen werden sollten.⁷

⁶ Vgl. Rupprecht, Manfred: Die Steirische Siedlungswasserwirtschaft in Gesetzen und Programmen. Graz: o.J S. 16

⁷ Vgl. Rupprecht, Manfred: Die Steirische Siedlungswasserwirtschaft in Gesetzen und Programmen. Graz: o.J S. 17

2.2. Rechtliche Grundlagen

Wie bereits erwähnt, gibt es natürlich einige rechtliche Grundlagen im Zusammenhang mit den Kanalbenützungsgebühren. Welche Richtlinien sind einzuhalten, wer darf sie einheben und wie hoch dürfen sie sein.

2.2.1. Wasserrechtsgesetz

„Aufgabe und Ziel der Wasserwirtschaft ist der vernünftige Umgang mit Wasser als Lebensgrundlage, die nachhaltige Nutzung von Wasser als Wirtschaftsfaktor und die Rücksichtnahme auf Wasser als Gefahrenelement. [...] Das heute geltende österreichische Wasserrecht ist Produkt einer langen Entwicklung und geht im Kern bis auf römisches und deutsches Recht zurück. [...] Wegen der zunehmenden Notwendigkeit einheitlicher Rechtsgrundlagen wurde schließlich durch die Verfassungsänderung 1925 die Wasserrechtskompetenz dem Bund zugewiesen. [...] Das WRG 1934 ist trotz zahlreicher Änderungen immer noch die Grundlage des geltenden Wasserrechts. [...] Das WRG behandelt im Wesentlichen

- öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Gesichtspunkte sowie*
- Rechte und Pflichten der Beteiligten in Bezug auf Gewässer,*
- die Benutzung der Gewässer, die Abwehr wassergefährdender Maßnahmen sowie die Abwehr und Pflege der Gewässer,*
- Wassergenossenschaften und Wasserverbände,*
- die – staatliche – Gewässerbewirtschaftung (Ziele und Grundsätze der Wasserwirtschaft, wasserwirtschaftliche Datenerhebung, Planung, Kontrolle und Missstandsbekämpfung).⁸*

Das Wasserrechtsgesetz wurde mit der Novelle von 2003 mit der Wasserrahmenrichtlinie der EU erweitert. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-

⁸ Oberleitner, Franz: Kommentar zum Wasserrechtsgesetz 1959. Wien: 2007 S. 1 ff.

WRRL) ist ein Meilenstein für die Neuausrichtung der Wasser- und Gewässerschutzpolitik in Europa. Sie dient der nachhaltigen Bewirtschaftung der Gewässer und dem übergeordneten Ziel, einen „guten Zustand“ für alle Gewässer bis 2015 – mit Ausnahmen spätestens 2027 – zu erreichen und zu erhalten. Grundsätzlich gibt die EU-WRRL ein Verbesserungsgebot und Verschlechterungsverbot für den Zustand aller Gewässer vor.⁹

2.2.2. Maastricht-Kriterien

„Im Vertrag von Maastricht wurden die Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) festgelegt. Demnach kann ein Staat nur an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen, wenn er die fiskalischen und monetären Maastrichtkriterien erfüllt.

Folgende fiskalischen Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- *Das öffentliche Defizit darf 3% des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen.*
- *Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60% des BIP erreichen.*

Folgende monetären Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- *Die nationale Inflationsrate darf maximal 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Staaten liegen.*
- *Der langfristige Zinssatz darf höchstens 2 Prozentpunkte höher als in den preisstabilsten EU-Staaten liegen.“¹⁰*

⁹ Vgl. Lebensministerium.at: Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie.
http://www.lebensministerium.at/wasser/wasser-oesterreich/plan_gewaesser_ngp/umsetzung_wasserrahmenrichtlinie.html (Stand: 25.06.2012)

¹⁰ Statistik Austria: Maastricht-Indikatoren. 25.04.2012.
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/index.html (Stand: 11.06.2012)

2.2.3. Gemeindeabgabenordnung

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben sind jene Steuern, die die Gemeinden selbst einheben, das sind:

- die Kommunalsteuer,
- die Grundsteuer,
- die Interessentenbeiträge,
- die Fremdenverkehrsabgabe und
- sonstige Abgaben.

Diese Abgaben sind einheitlich – meist bundesrechtlich – geregelt, so beträgt die Kommunalsteuer einheitlich 3% der kommunalsteuerpflichtigen Bruttogehälter und –löhne. Die gesetzliche Grundlage bildet die Bundesabgabenordnung, aber die Einhebung erfolgt durch die Gemeinde.

2.2.4. Kanalabgabengesetz

Mit dem Kanalabgabengesetz 1955 werden die Gemeinden vom Land Steiermark berechtigt die Kanalabgaben zu erheben. In diesem Gesetz sind alle Regelungen getroffen, die für die Einhebung der Abgaben notwendig sind.

Die für die Arbeit wichtigsten Punkte werden im Folgenden vom Kanalabgabengesetz 1955, LGB1.Nr. 71, in der letzten Fassung LGBI.Nr. 81/2005 auszugsweise dargestellt:

Abgabeberechtigung.

§ 1.

Die Gemeinden des Landes Steiermark, welche öffentliche Kanalanlagen zur Ableitung von Abwässern errichten und betreiben, werden auf Grund des § 8 Abs. 5 des Finanzverfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45, er-

mächtigt, durch Beschluß des Gemeinderates eine einmalige Abgabe zur Deckung der Kosten der Errichtung und der Erweiterung der öffentlichen Kanalanlage (Kanalisationsbeitrag) nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu erheben.

Kanalbenützungsgebühren.

§ 6.

(1) Die Erhebung von laufenden Gebühren für die Benützung von öffentlichen Kanalanlagen (Kanalbenützungsgebühren) obliegt dem freien Beschlußrechte der Gemeinden.

(2) Das Ausmaß des mutmaßlichen Jahresertrages der Kanalbenützungsgebühren darf das doppelte Jahresetfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der öffentlichen Kanal und Abwasserreinigungsanlage, für Landesrecht Steiermark die Verzinsung und Tilgung der Kosten für die Errichtung, die Erweiterung, den Umbau oder die Erneuerung unter Berücksichtigung einer der Art der Anlage entsprechenden Lebensdauer sowie für die Bildung einer angemessenen Erneuerungsrücklage nicht übersteigen.

Kanalabgabenordnung.

§ 7.

(1) In jeder Gemeinde mit einer öffentlichen Kanalanlage ist vom Gemeinderat eine Kanalabgabenordnung zu beschließen, welche zu enthalten hat:

- a) die Erhebung der Kanalisationsbeiträge (§ 1);
- b) die Erhebung der Kanalbenützungsgebühren (§ 6);
- c) die Höhe des Einheitssatzes für die Berechnung des Kanalisationsbeitrages (§ 4), erforderlichenfalls getrennt für Schmutzwasser, Regenwasser und Mischwasserkanäle;

- d) die Höhe des Einheitssatzes für die Berechnung der Kanalbenüt-
zungsgebühren (§ 6), erforderlichenfalls getrennt für Schmutzwasser
, Regenwasser und Mischwasserkanäle;
- e) die Grundlagen für die Festsetzung des Einheitssatzes, aus denen sich
die Höhe des Kanalisationsbeitrages errechnet;
- f) die Zahlungstermine für die laufenden Kanalbenützungsgebühren.

2.3. Zuständigkeiten/Verantwortungsbereich/Beteiligte

In dem nächsten Abschnitt wird geklärt, welche Zuständigkeiten und welche Verantwortungsbereiche der Bund, das Land, die Kommune und der Abwasserverband im Bereich der Kanalbenützungsgebühren übernehmen.

Durch die Förderungen von Bund und Land haben sie großen Anteil daran, dass der Entsorgungsgrad in der Steiermark beinahe flächendeckend ist.

	Kommunale Abwasserentsorgung		Kleinabwasser- entsorgungsanlagen		Betriebliche Abwassermaßnahmen		Gesamt Abwasserentsorgung	
	in Mio. EUR	in Mio. ATS	in Mio. EUR	in Mio. ATS	in Mio. EUR	in Mio. ATS	in Mio. EUR	in Mio. ATS
Steiermark 1972 - 2001	2.161,9	29.784,4	11,9	164,4	621,6	8.553,9	2.795,5	38.466,7
Steiermark 1972 - 1980	126,8	1.744,3	0	0	136,9	1.884,3	263,7	3.628,6
Steiermark 1981 - 2001	2.035,1	28.004,1	11,9	164,4	484,7	6.669,6	2.531,8	34.838,1
Bezirke 1981 - 2001								
Bruck/Mur	79,2	1.090,4	1,7	23,8	9,9	136,4	90,9	1.250,6
Deutschlandsberg	112,1	1.542,7	0,4	4,9	2,3	32,3	114,8	1.579,9
Feldbach	118,4	1.628,7	0,2	2,5	4,5	62,3	123,1	1.693,5
Fürstenfeld	39,3	541,2	0,0	0,3	0,6	8,9	40,0	550,4
Graz-Stadt	168,2	2.314,8	0,0	0,1	22,0	302,3	190,2	2.617,2
Graz-Umgebung	262,7	3.615,3	0,9	12,1	229,5	3.158,3	493,1	6.785,7
Hartberg	132,2	1.819,1	0,3	4,2	0,9	11,9	133,4	1.835,2
Judenburg	105,7	1.454,1	0,6	8,3	164,6	2.265,3	270,9	3.727,7
Knittelfeld	38,6	531,5	0,6	7,8	0,1	1,6	39,3	540,9
Leibnitz	169,0	2.325,9	0,4	5,8	9,6	132,5	179,1	2.464,2
Leoben	87,8	1.208,4	0,1	1,9	22,1	303,9	110,0	1.514,2
Liezen	199,4	2.744,3	4,4	60,7	1,8	24,5	205,6	2.829,5
Mürzzuschlag	48,4	666,5	0,5	7,1	2,0	28,1	51,0	701,7
Murau	78,4	1.078,8	0,6	8,3	6,5	89,4	85,5	1.176,5
Radkersburg	83,5	1.149,6	0,0	0,5	1,4	19,3	85,0	1.169,4
Voitsberg	116,1	1.596,9	0,5	6,7	0,7	9,4	117,2	1.613,0
Weiz	195,9	2.695,9	0,7	9,4	6,0	83,2	202,6	2.788,5

Abwasserentsorgung: Gesamtinvestitionen 1972 - 2001 und Investitionen in den Bezirken der Steiermark von 1981 - 2001)*

So wurden in der Steiermark von 1972 bis 2001 rund 5,6 Mrd. Euro für die Abwasserentsorgung investiert, wobei 1,35 Mrd. Euro vom Bund und 284 Mio. Euro vom Land gefördert wurden.¹¹

¹¹ Vgl. Wiedner, Johann: 30 Jahre Förderung und Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Graz: o.J. S. 110

2.3.1. Bund

„Die Bundesregierung ist mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betraut. Ihr gehören der Bundeskanzler, der Vizekanzler und die übrigen Bundesministerinnen und Bundesminister an. Als Kollegialorgan übt sie nur jene Aufgaben aus, die ihr gesetzlich (oder durch EntschlieÙung des Bundespräsidenten) ausdrücklich zugewiesen sind. Alle anderen Aufgaben sind vom jeweils zuständigen Ressortminister beziehungsweise der zuständigen Ressortministerin zu bearbeiten. Von den rechtlichen Kompetenzen der Bundesregierung ist die Beschlussfassung über Gesetzesvorlagen am wichtigsten. Die Bundesregierung fasst ihre Beschlüsse einstimmig, Mehrheitsbeschlüsse sind nicht vorgesehen.“¹²

Das zuständige Ministerium für die Abwasserbeseitigung ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft. Die Sektion 7 Abteilung 6 des Lebensministeriums ist unter anderem für die Siedlungswasserwirtschaft und die Umweltförderung zuständig.

Das Umweltförderungsgesetz hat 1993 das Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG), das von 1959 bis 1993 galt, abgelöst. Damals wurden Maßnahmen in der Siedlungswasserwirtschaft mit kostengünstigen Darlehen aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds gefördert.¹³ So wurden Darlehen mit 1%iger oder 2%iger Verzinsung und einer Laufzeit zwischen 30 und 40 Jahren gewährt.

Um eine Bundesförderung in Anspruch nehmen zu können, müssen die Förderungsrichtlinien eingehalten werden, die unter anderem voraussetzen,

¹² Bundeskanzleramt Österreich: Die Österreichische Bundesregierung. 2004-2012. <http://www.bka.gv.at/site/7569/default.aspx> (Stand: 13.06.2012)

¹³ Vgl. Lebensministerium.at: Förderung kommunale Siedlungswasserwirtschaft. 03.01.2011. http://www.lebensministerium.at/wasser/wasser-oesterreich/foerderungen/trinkwasser_abwasser/foerderung.html (Stand: 13.06.2012)

dass der vorgegebene Betriebsabrechnungsbogen (siehe Kapitel 3.6) ausgefüllt ist.

1993 erfolgte durch das Umweltförderungsgesetz (UFG) eine Neustrukturierung der Bundesförderung für die Siedlungswasserwirtschaft u.a. mit dem Ziel, den verstärkten Ausbau der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Die Förderung von Investitionen erfolgte seither im Wesentlichen in Form von Annuitäten- und Investitionszuschüssen. 2001 wurde die Auszahlung der Förderung auf Finanzierungszuschüsse umgestellt.¹⁴

Die Förderungen sind notwendig, dass sozial verträgliche Gebühren ermöglicht werden, allerdings muss der Bund auch in diesem Bereich einsparen. Seit letztem Jahr wurden die Förderungen bereits deutlich zurückgefahren. Im Jahr 2011 standen bundesweit noch 135 Millionen Euro zur Verfügung, für heuer bereits nur noch 95 Millionen. Nächstes Jahr sind es nur mehr 10 Millionen Euro.¹⁵ Welche Auswirkungen die Kürzungen der Fördermittel zur Folge haben ist noch nicht absehbar.

2.3.2. Land

„[...] Nach der Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung, LGBL. Nr. 53/1975 in der Fassung LGBL. Nr. 87/2001 vertritt der Landeshauptmann das Land. Er führt den Vorsitz in den Sitzungen der Landesregierung. Er übt mit den ihm unterstellten Landesbehörden die Vollziehung des Bundes aus, soweit nicht eigene Bundesbehörden bestehen (mittelbare Bundesverwaltung). [...] In den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung ist der Landeshauptmann an die

¹⁴ Lebensministerium.at: Förderung kommunale Siedlungswasserwirtschaft. 03.01.2011. http://www.lebensministerium.at/wasser/wasser-oesterreich/foerderungen/trinkwasser_abwasser/foerderung.html (Stand: 13.06.2012)

¹⁵ ORF Vorarlberg: Kürzung der Wasserwirtschaft-Förderung in Kritik. 19.05.2012. <http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2533667/> (Stand: 18.06.2012)

Weisungen der Bundesregierung sowie der einzelnen Bundesminister gebunden. Die Landesregierung übt die Vollziehung der Verwaltung aus. Sie besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landesfonds und Landesanstalten. Die Geschäfte werden auf die Mitglieder der Landesregierung nach der von ihr beschlossenen Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung aufgeteilt. Jene Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung, die wegen ihres sachlichen Zusammenhanges mit Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes nach der Geschäftsverteilung von Mitgliedern der Landesregierung zu führen sind, besorgen die Mitglieder der Landesregierung im Namen des Landeshauptmannes, wobei sie an die Weisungen des Landeshauptmannes ebenso gebunden sind wie dieser an die Weisungen der Bundesregierung oder der einzelnen Bundesminister. [...]“¹⁶

Die zuständige Fachabteilung 19A – Wasserwirtschaftliche Planung und Siedlungswasserwirtschaft hat bei der Ausübung ihrer Koordinierungsfunktion für die gesamte Wasserwirtschaft in der Steiermark die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und ökologischen Verträglichkeit bei allen wasserwirtschaftlichen Vorhaben (insbesondere bei vorausschauenden Planungen) zu berücksichtigen. Dabei sind hohe Qualitätsanforderungen im öffentlichen Interesse mit immer knapper werdenden personellen und finanziellen Ressourcen in Einklang zu bringen.¹⁷

Das Land Steiermark hat in den Jahren 1972 bis 2000 insgesamt 284 Mio. Euro gefördert. Auch das Land Steiermark strebt Einschränkungen im Bereich der Förderung an, da die Mittel nicht mehr ausreichend sein werden. So wurden am 01.05.2011 die Förderungsrichtlinien geändert. Bis dahin

¹⁶ Das Land Steiermark: Die Landesregierung. 2012.

<http://www.politik.steiermark.at/cms/ziel/2315/DE/> (Stand: 15.06.2012)

¹⁷ Vgl. Das Land Steiermark: Das Leitbild der Fachabteilung 19A - Wasserwirtschaftliche Planung und Siedlungswasserwirtschaft. 2012.

<http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/114318/DE/> (Stand: 15.06.2012)

wurden die Förderungen in einmalige, nicht rückzahlbare Beiträge ausbezahlt, seit dem 01.05.2011 werden die Förderungen in 10 jährliche Teilbeträge ausbezahlt unter der Voraussetzung, dass das Ergebnis des Kosten- und Leistungsrechnungsformular (siehe Kapitel 3.4.) unter 151 % liegt.

2.3.3. Kommune

„Nach den Bestimmungen der österreichischen Bundesverfassung (Art. 115 bis 120) ist der Wirkungsbereich der Gemeinde ein eigener und ein vom Bund oder vom Land übertragener, das heißt, dass die Gemeinde sowohl eine Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung und zugleich Verwaltungssprengel ist.“¹⁸

Die Kommunen können gemäß dem Kanalabgabengesetz im eigenen Ermessen die Kanalbenützungsgebühren vorschreiben und einheben. Jede Gemeinde kann das Berechnungsmodell anwenden, das für sie den besten wirtschaftlichen Erfolg einbringt. Im FAG 1993 ist verankert, dass Gemeinden den doppelten Betrag des Jahreserfordernisses einnehmen dürfen. Da Gemeinden nach der Kameralistik die Bücher führen, sind eigentlich keine Gewinnausschüttungen vorgesehen, allerdings ist eine Gewinnentnahme im Bereich Müll, Wasser und Abwasser möglich.

Der Abwasserhaushalt fällt unter den Bereich „Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit“. Das bedeutet, dass kommunale Dienstleistungen in privater oder in öffentlich-rechtlicher Form erbracht werden können. In den Bereich der öffentlich-rechtlichen Ausübung fallen auch Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, welche kommunale Dienstleistungen erbringen und eine Organisationsform für wirtschaftliche Unternehmungen einer Gemeinde darstel-

¹⁸ Statistik Austria: Gemeinden. 14.06.2012
http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/gemeinden/index.html (Stand: 16.06.2012)

len. Diese Organisationsform besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit, verfügt jedoch über wirtschaftliche und organisatorische Autonomie gegenüber der Gemeindeverwaltung.¹⁹

Nachdem es für viele Gemeinden wirtschaftlich unrentabel wäre eine eigene Abwasserreinigungsanlage zu betreiben, schließen sie sich oft zu einem Abwasserverband zusammen. Die rechtlichen Grundlagen zur Gründung eines derartigen Verbandes sind im Wasserrechtsgesetz verankert und werden im nächsten Punkt näher beschrieben.

2.3.4. Abwasserverband

Die Gründung eines Abwasserverbandes wird im Wasserrechtsgesetz § 88 geregelt. Die Bildung eines Wasserverbandes geht grundsätzlich von den beteiligten Gemeinden aus und erfordert eine freiwillige Vereinbarung (Eini-gung über Aufgaben, Zwecke, Ziele, Organisation, Satzungen). Erst mit der behördlichen Anerkennung vom Landeshauptmann erlangt der Verband eine eigene Rechtspersönlichkeit.²⁰

Ein Abwasserverband muss bei der Bildung Satzungen festlegen, die regeln, welche Rechte und Pflichten die Mitglieder untereinander und in Beziehung auf den Verband sowie die Organisation und Tätigkeit des Verbandes haben. Die Festlegung der Verbandsanteile und der damit verbundenen Beitrags-pflichten ist ein wesentliches Element der Satzungen sowie die Organisation der Verbandsorgane.²¹ Verbände, die nach dem WRG gebildet werden, ha-ben die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie das doppische oder das kamerale Rechnungswesen führen.

¹⁹ ÖWAV (Hg.): Grundlagen und Aufbau des Rechnungswesens in der Abwasserentsorgung. Wien: 2010. S. 11

²⁰ Vgl. Oberleitner, Franz: Kommentar zum Wasserrechtsgesetz 1959. Wien: 2007 S. 474

²¹ vgl. Oberleitner, Franz: Kommentar zum Wasserrechtsgesetz 1959. Wien: S.477 ff.

Die rechtlichen Grundlagen sind notwendig, um einen geregelten Ablauf zu gewährleisten, allerdings ist die tägliche Aufgabe eines Verbandes wesentlich, daher wird der Abwasserverband Grazerfeld als Beispiel vorgestellt:

Der Abwasserverband Grazerfeld besteht aus 16 Mitgliedsgemeinden und einem Unternehmen. Der Verband wird unterteilt in die Verwaltung, in den Betrieb der Abwasserreinigungsanlage und in die Kanalwartung.

In jedem gewinnorientierten Betrieb wird auf die Wirtschaftlichkeit größten Wert gelegt, doch einer öffentlichen Institution wird diese Fähigkeit meist abgesprochen. Auch der Verband rechnet nach dem Kostenumlageprinzip ab, was nicht bedeutet, dass verschwenderisch gearbeitet wird. Das Motto lautet: „weg vom Kostenumleger hin zum Dienstleister“. Es wird darauf geachtet, dass mit den geringsten Mitteln der höchste Erfolg erzielt werden kann. Im Jahr 1999 wurde der Verband vom Bundesrechnungshof überprüft und dieser kam zum Schluss:

„[...] Zum Bereich des Rechnungswesens gibt es keine einzige kritische Äußerung. [...] Die erstellten Nebenaufzeichnungen, wie z.B. die Kostenrechnung, liegen weit über dem österreichischen Durchschnitt. [...] Bei der Durchsicht über die Förderungsabwicklung bzw. der Vergaberichtlinien konnten ebenso keine Beanstandungen gefunden werden. [...]

Der Verband läuft ausgezeichnet; er verfügt über eine sehr gute Verwaltung; über ein hervorragendes und vorbildliches Rechnungswesen; über eine ausgezeichnete Liquidität; die betrieblichen Aufgaben werden gut erfüllt.

In seinem Schlusssatz stellt Mag. Haida anerkennend fest, dass der AWW Grazerfeld nicht nur eine Lehrkläranlage ist, sondern sich durchaus auch als „Musterverband“ sehen darf.“²²

Natürlich darf man den wirtschaftlichen Gedanken nicht außer Acht lassen, vor allem aber haben der Umweltschutz, die Reinhaltung der Gewässer und die Nachhaltigkeit oberste Priorität.

²² Bundesrechnungshof – Abschlussbericht über den Abwasserverband Grazerfeld. 04.11.1999. S.1 ff.

3. Kosten- und Leistungsrechnung

3.1. Definition

Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) ist ein Gebiet der Betriebswirtschaftslehre und ein Teil des internen Rechnungswesens. Die Kostenrechnung ist eine fortlaufende durchgeführte Rechnung, die kurzfristigen Charakter aufweist. Da die Kosten- und Leistungsrechnung keinen gesetzlichen Vorschriften unterliegt, können alle Informationen verwertet werden, die benötigt werden.²³ Die KLR ermöglicht dem Betreiber einer Abwasserreinigungsanlage die übersichtliche Verfolgung der Kosten- und Vermögensentwicklung.²⁴

Die Erfolgsplanung, die Informationsgewinnung, die Wirtschaftlichkeitskontrolle und die Bewertung des Vermögens zählen zu den allgemeinen Zielen der Kosten- und Leistungsrechnung. In der Siedlungswasserwirtschaft soll mit Hilfe der KLR die Gebührenkalkulation für die Kanalbenützungsgebühren ermöglicht werden. Aus diesen Gründen sollte den Verbänden nahegelegt werden fundiertes Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen, das die Mitgliedsgemeinden entsprechend verwerten können, um eine angemessene Gebühr zu verrechnen. Im Kapitel 4 wird näher darauf eingegangen.

²³ Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 63

²⁴ Vgl. Heiss, Raimund, Pilz, Dietmar: Kosten- und Leistungsrechnung in der Siedlungswasserwirtschaft. Wien: 2005 S. 10

Begriffsdefinitionen

Schmalenbach-Treppe

In der nachfolgenden Grafik erfolgt die Abgrenzung der Grundbegriffe des Rechnungswesens.

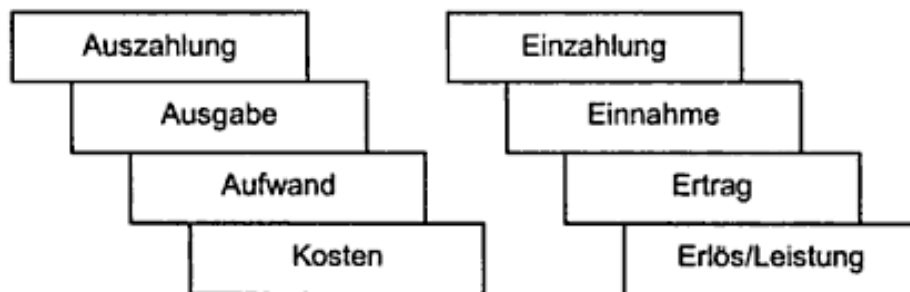


Abbildung 1: Schmalenbach Treppe²⁵

- *Auszahlung:*
Abfluss liquider Mittel (Bargeld und Sichtguthaben) innerhalb eines Zeitraumes.
- *Einzahlung:*
Zufluss liquider Mittel (Bargeld und Sichtguthaben) innerhalb eines Zeitraumes.
- *Ausgabe:*
Wert aller dem Betrieb zugegangenen Güter in Form von Sach- und Dienstleistungen innerhalb eines Zeitraumes (=Beschaffungswert).
- *Einnahme:*
Wert aller vom Betrieb verwerteten Güter in Form von Sach- und Dienstleistungen innerhalb eines Zeitraumes (= Umsatz).
- *Aufwand:*
Wert aller verzehrten Güter in Form von Sach- und Dienstleistungen inner-

²⁵ Stelling, Johannes N.: Kostenmanagement und Controlling. München: 2010. S. 17

halb eines Zeitraumes, der aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und bewertungsrechtlicher Konventionen in der Finanzbuchhaltung verrechnet wird.

- *Ertrag:*

Wert aller erbrachten Güter in Form von Sach- und Dienstleistungen innerhalb eines Zeitraumes, der aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und bewertungsrechtlicher Konventionen in der Finanzbuchhaltung verrechnet wird.

- *Kosten:*

Wert des Verzehrs an Gütern in Form von Sach- und Dienstleistungen zum Zwecke der betrieblichen Leistungserstellung und –verwertung innerhalb eines Zeitraumes.

- *Erlös/Leistung:*

Wert der aufgrund der betrieblichen Leistungserstellung und –verwertung entstandenen Güter in Form von Sach- und Dienstleistungen innerhalb eines Zeitraumes.²⁶

Kostenarten

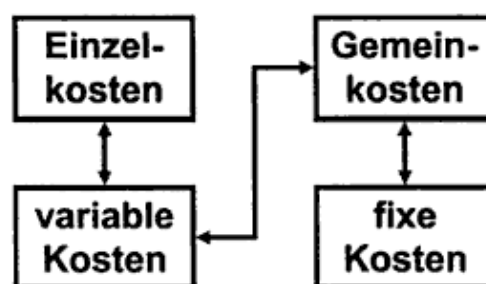


Abbildung 2: Vergleich von Kostenarten²⁷

- *Einzelkosten:*

werden auch als direkte Kosten bezeichnet. Sie können mengen- und wertmäßig einem einzelnen Kostenträger (Produkt) zugerechnet werden. Sie flie-

²⁶ Vgl. Stelling, Johannes N.: Kostenmanagement und Controlling. München: 2010. S. 17

²⁷ Stelling, Johannes N.: Kostenmanagement und Controlling. München: 2010. S. 25

Ben daher direkt in die Kostenträgerrechnung ein. Alle anderen Kosten sind Gemeinkosten und werden in der Kostenstellenrechnung auf Kostenstellen (Organisationseinheiten, Abteilungen) verteilt.

- *Gemeinkosten*

können den einzelnen Kostenträgern (Produkten/Dienstleistungen) nicht direkt zugerechnet werden. Sie fallen für mehrere oder alle Erzeugnisse bzw. Waren insgesamt an. Die Gemeinkosten werden auch als indirekte Kosten bezeichnet.²⁸

- *Variable Kosten*

verändern sich bei Änderung der Produktions- bzw. Absatzmenge (Ausbringungsmenge). Sie sind damit mengenabhängige Kosten

- *Fixe Kosten (Fixkosten)*

sind in einer bestimmten Zeitperiode konstant und unabhängig von der Produktions- bzw. Absatzmenge (Ausbringungsmenge).²⁹

²⁸ Redaktion CP: Einzel- und Gemeinkosten. 06.12.2008
<http://www.controllingportal.de/Fachinfo/Kostenrechnung/Einzel-und-Gemeinkosten.html>
(Stand: 02.04.2012)

²⁹ Vgl. Redaktion CP: Fixe Kosten (Fixkosten) und variable Kosten. 07.12.2008
<http://www.controllingportal.de/Fachinfo/Kostenrechnung/fixe-und-variable-Kosten.html>
(Stand: 02.04.2012)

3.2. Kostenrechnungssysteme

Da die benötigten Zahlen direkt aus der Buchhaltung entnommen werden können, ist die Einführung einer KLR im Prinzip rasch möglich. Allerdings ist die Tiefe der zu gewinnenden Daten und die Aufteilung der Kosten eine Herausforderung. Um eine sinnvolle KLR durchführen zu können, muss vorab die Frage geklärt werden, welchen Nutzen man aus diesen Daten ziehen möchte. Die Frage ist im Falle der Siedlungswasserwirtschaft schnell beantwortet, Gebühren müssen eingehoben werden um Ausgaben/Kosten zu decken.

Um die verschiedenartigen Aufgaben der Kosten- und Erfolgsrechnung erfüllen zu können, sind Angaben darüber notwendig, welche Kosten bzw. Erlöse in welcher Weise erfasst und weiterverrechnet werden sollen. Sie können durch zwei Merkmale beschrieben werden:

- Zeitbezug der Kosten
- Sachumfang der Kosten

Nach dem Zeitbezug der Kosten werden vergangenheitsbezogene oder Istkosten, gegenwartsorientierte oder Normalkosten und zukunftsbezogene oder Plankosten unterschieden.

Nach dem Sachumfang der Kosten wird unterschieden, ob alle oder nur Teile der in einer Abrechnungsperiode angefallenen Kosten auf die Produkteinheiten zugerechnet werden. Die zugehörigen Kostenrechnungen werden Vollkostenrechnung und Teilkostenrechnung genannt. Das Merkmal der Vollkostenrechnung besteht darin, dass sämtliche Kosten einer Periode erfasst und den einzelnen Leistungen des Unternehmens zugerechnet werden. Demgegenüber zeichnen sich Teilkostenrechnungen dadurch aus, dass zwar auch alle Kosten einer Periode erfasst werden, aber nicht alle, sondern diese Kosten nur teilweise auf Produkteinheiten weiterverrechnet werden.³⁰

³⁰ Vgl. Stelling, Johannes N.: Kostenmanagement und Controlling. München: 2010 S. 21 f.

Zeitbezug Sachumfang	Istkosten	Normalkosten	Plankosten
Vollkosten	Traditionelle Kostenrechnung	Rechnung mit Durchschnittskosten	Starre Plankostenrechnung Flexible Plankostenrechnung auf Vollkostenbasis Prozesskostenrechnung
Teilkosten	Direct Costing Mehrstufige Fixkostendeckungsrechnung Relative Einzelkosten- und Deckungsbeitragsrechnung		Flexible Plankostenrechnung auf Teilkostenbasis (Grenzplankostenrechnung)

Abbildung 3: Kostenrechnungssysteme nach den Kriterien Zeitbezug und Sachumfang der verrechneten Kosten³¹

In der SWW wird hauptsächlich die Istkostenrechnung zu Vollkosten genutzt, alle angefallenen Kosten einer Periode werden auf die Kostenträger verteilt. Da diese Rechnung nur auf die Vergangenheit bezogen ist, ist eine Plankostenrechnung zu Vollkosten empfehlenswert und sinnvoll. Die Plankostenrechnung zeichnet sich dadurch aus, dass mit zukunftsorientiertem Zahlenmaterial gerechnet wird.

Der Aufbau der Kostenrechnung gliedert sich in folgende Teilbereiche:

- die Kostenartenrechnung -> welche Kosten sind angefallen?
- die Kostenstellenrechnung -> wo sind Kosten entstanden?
- die Kostenträgerrechnung -> wofür sind Kosten entstanden?

3.2.1. Kostenartenrechnung

Bei der Kostenartenrechnung soll die Frage beantwortet werden, welche Kosten angefallen sind. Sie ist der Ausgangspunkt der Kostenrechnung und bildet die Grundlage für die Kostenstellenrechnung und Kostenträgerrechnung.

³¹ Stelling, Johannes N.: Kostenmanagement und Controlling. München: 2010 S. 22

nung. Ihre Aufgabe ist es, alle in einer Periode anfallenden Kosten genau zu erfassen und ihrer Art nach aufzugliedern.³²

Kostenarten nach den verzehrten Produktionsfaktoren:

- Werkstoffkosten, Materialkosten
- Personalkosten
- Betriebsmittelkosten
- Fremdleistungskosten

Kostenarten nach der Art der Kostenerfassung:

- Aufwandsgleiche Kosten
- kalkulatorische Kosten

Kostenarten nach der Herkunft:

- Primäre Kosten (zB Stromkosten bei Fremdbezug)
- Sekundäre Kosten (zB Stromkosten bei Eigenfertigung)

Kostenarten nach der Verrechnung auf die Kostenträger:

- Kostenträgereinzelkosten
- Kostenträrgemeinkosten

Kostenarten nach dem Verhalten bei Beschäftigungsschwankungen:

- Beschäftigungsabhängige (variable) Kosten
- Beschäftigungsunabhängige (fixe) Kosten

Kostenarten nach der betrieblichen Funktion:

- Beschaffungskosten
- Fertigungskosten
- Verwaltungskosten
- Vertriebskosten

³² Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 66

3.2.2. Kostenstellenrechnung

Bei der Kostenstellenrechnung soll die Frage geklärt werden, wo die Kosten entstanden sind.

Die Kostenstellenrechnung ist die zweite Stufe und übernimmt die Kosten aus der Kostenartenrechnung, welche den Kostenträgern nicht unmittelbar zugerechnet werden, die Gemeinkosten.

In der Kostenstellenrechnung werden die auf jede Kostenstelle entfallenden Gemeinkosten als Zuschlagssatz auf die in der Kostenstelle angefallenen Einzelkosten ermittelt. Dies geschieht in der betrieblichen Praxis üblicherweise mithilfe des Betriebsabrechnungsbogens (BAB).

Die einzelnen Zuschlagssätze werden in die Kostenträgerrechnung übernommen, wodurch eine anteilige Zurechnung der Gemeinkosten auf die Kostenträger möglich ist.³³

3.2.3. Kostenträgerrechnung

Bei der Kostenträgerrechnung soll die Frage beantwortet werden, wofür die Kosten entstanden sind.

Die Kostenträgerrechnung übernimmt die Einzelkosten aus der Kostenartenrechnung und die Gemeinkosten aus der Kostenstellenrechnung. Sie verrechnet die Kosten auf die Kostenträger. Außerdem werden die Erlöse erfasst, die durch die Kostenträger erzielt werden.³⁴

³³ Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 67

³⁴ Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 67

3.3. Kennzahlen

Die Erreichung der Ziele eines Unternehmens wird im Rechnungswesen vielfach mithilfe von Kennzahlen überprüft, die sich auf betriebswirtschaftlich wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form darstellen.³⁵

Die häufigsten Kennzahlen sind:

- Gewinn
- Wirtschaftlichkeit
- Produktivität
- Rentabilität

Gewinn

In der Kostenrechnung zeigt der Gewinn den internen Erfolg oder Betriebserfolg:

$\text{Betriebserfolg} = \text{Leistungen} - \text{Kosten}$

Wirtschaftlichkeit

Die Wirtschaftlichkeit ist als Maß für die Einhaltung des ökonomischen Prinzips anzusehen, das unterschiedlich formuliert werden kann: Als Maximalprinzip fordert es, mit gegebenen Mitteln einen größtmöglichen (= maximalen) Erfolg zu erzielen und als Minimalprinzip fordert es, einen bestimmten Erfolg mit geringstmöglichen (= minimalen) Mitteln zu erreichen.³⁶

$\text{Wirtschaftlichkeit} = \text{Leistungen} / \text{Kosten}$

³⁵ Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 42

³⁶ Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 44

Produktivität

Die Produktivität ist ein Maß für die mengenmäßige Ergiebigkeit der Faktorkombination:

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Mengenergebnis der Faktorkombination}}{\text{Faktoreinsatzmengen}}$$

Die Produktivität als einzelne Maßzahl ermöglicht keine Aussagen. Erst durch den Vergleich mit anderen Produktivitäten, erlangt diese Kennzahl entsprechende Bedeutung.³⁷

Rentabilität

Die Rentabilität ist das Verhältnis des Periodenerfolges zu anderen Größen. Diese Kennzahl ist allerdings erst im Vergleich mit ähnlich strukturierten Unternehmen oder früheren Perioden aussagekräftig. Die Rentabilität tritt in mehreren Arten in Erscheinung:³⁸

$$\begin{aligned} \text{Umsatzrentabilität} &= \frac{\text{Erfolg}}{\text{Umsatz}} \cdot 100 \\ \text{Eigenkapitalrentabilität} &= \frac{\text{Erfolg}}{\text{Eigenkapital}} \cdot 100 \\ \text{Gesamtkapitalrentabilität} &= \frac{\text{Erfolg} + \text{Verrechnete Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \cdot 100 \\ \text{Rentabilität des betriebsnotwendigen Kapitals} &= \frac{\text{Betriebserfolg} + \text{Verrechnete Zinsen für betriebsnotwendiges Fremdkapital}}{\text{Betriebsnotwendiges Gesamtkapital}} \cdot 100 \end{aligned}$$

Abbildung 4 Arten zur Berechnung der Rentabilität³⁹

³⁷ Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 46

³⁸ Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 47

³⁹ Vgl. Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): 2010 S. 47

3.4. Anwendung in der Wasserwirtschaft

In der SWW wird die traditionelle Kostenrechnung bevorzugt, dh die Vollkostenrechnung zu Istkosten. Es wird mit den tatsächlichen Kosten gerechnet, wobei in der Siedlungswasserwirtschaft auch teilweise nicht die kalkulatorischen Kapitalkosten sondern die tatsächlichen Tilgungen und Zinsen angesetzt werden. Das Problem darin liegt, dass durch die teilweise sehr hohen Darlehensrückzahlungen, die Ausgaben höher sind als die Einnahmen – somit sind viele Gemeinden nicht einmal ausgabendeckend, was zur Folge hat, dass die Gebühren erhöht werden. Geht man nun nur von einer Jahresrechnung aus, stimmt zwar der Ansatz, dass Gebühren aus wirtschaftlichen Gründen erhöht werden müssten, doch es muss eine längerfristige Sichtweise angestrebt werden.

„Seit dem Finanzausgleichsgesetz 1993 dürfen die österreichischen Gemeinden Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen (zB Kanal- oder Müllanlagen) nach dem ausdrücklichen Gesetzeswortlaut bis zu einem Ausmaß, bei dem der mutmaßliche Jahresertrag das doppelte Jahreserfordernis nicht übersteigt, erheben⁴⁰ (im folgenden als Gebühren-Doppeldeckungsprinzip bezeichnet).“⁴¹

Da viele Verbände nach dem Wasserrechtsgesetz die Kameralistik als Rechnungsstil bevorzugen, ist die Einteilung der Kostenstelle, -arten und -träger relativ einfach zu definieren. Kostenstelle ist die Voranschlagsstelle, Kostenart ist die Post und Kostenträger ist die entsprechende Gemeinde. Der Buchungssatz, der bei der Kontierung eines Beleges verwendet wird, ist gleichzeitig auch die Zuordnung.

⁴⁰ Vgl derzeit § 15 Abs 3 Z 4 Finanzausgleichsgesetz 2005 (FAG 2005), BGBl I Nr 156/2004.

⁴¹ Kamper, Karl: Gebühren-Doppeldeckung und Äquivalenzprinzip aus verfassungsrechtlicher Sicht. In: Achatz, Markus {/ Ehrke-Rabel, Tina / Heinrich, Johannes / Leitner, Roman / Taucher, Otto} (Hg.): Steuerrecht Verfassungsrecht Europarecht. Wien: 2007 S. 247

Kostenarten (Post):

- 0 Anlagen
- 1 Vorräte
- 2 Geld, Forderungen, aktive Rechnungsabgrenzungen, Rücklagen
- 3 Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzungen
- 4 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter sowie Handelswarenverbrauch
- 5 Leistungen für Personal
- 6 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
(zB Energie, Instandhaltungen)
- 7 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
(zB Miet- und Pachtzins, Transferzahlungen)
- 8 Laufende Einnahmen
- 9 Kapital- und Abschlusskonten⁴²

Diese Kostenarten werden zu den Kostenarten Betriebs- und Kapitalkosten zusammengefasst, wobei bei den Kapitalkosten der Schuldendienst herangezogen wird, da es in der Kameralistik keine Abschreibung für Abnutzung (AfA) gibt. Allerdings besteht die Möglichkeit eine fiktive AfA mit dem Anlagenverzeichnis zu berechnen.

Die Kostenstelle stellt schon eine Herausforderung dar. Die Hauptkostenstellen sehen in der SWW folgendermaßen aus:

- 8511xx Orts- und Verbandskanalisation
 - 851110 Verbandskanalisation
 - 851120 Ortskanalisation

⁴² Vgl. Arbeitshilfen für Gemeinden, Band 38: Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände 2002. Wien: 2002. S. 131 ff.

8515xx Abwasserreinigungsanlage

851500 Abwasserreinigungsanlage

851510 Werkstätte

851520 Fuhrpark

8516xx Hauptverwaltung

851600 Vertretungskörper

851610 Verwaltung

851620 Finanzwirtschaft

8517xx Schuldendienst

851700 Tilgung

851710 Zinsen

Kostenträger ist immer die entsprechende Gemeinde.

Gemeinde A

Gemeinde B

Gemeinde C

Da ausschließlich die Orts- und Verbandskanalisation sowie der Schuldendienst direkt zugeordnet werden können, muss für die Abwasserreinigungsanlage und die Hauptverwaltung ein Zuschlagssatz bzw. ein sogenannter Aufteilungsschlüssel gefunden werden.

Die Zuordnung der Kosten ist zwar relativ einfach, aber es müssen weitere Kostenstellen definiert werden. So hat jede Pumpstation, jedes Verbandspumpwerk, jeder Anlagenteil der ARA eine tiefer gehende Kostenstelle. Ein Beispiel für diese Kostenstellen wird im nächsten Punkt behandelt.

Der Aufteilungsschlüssel ergibt sich nach den ermittelten Einwohnergleichwerten, die in kommunale (private Haushalte) und betriebliche (Unternehmen mit erhöhter Schmutzwasserfracht) EWG eingeteilt werden. Diese Daten werden von den Gemeinden übermittelt und das Rechnungswesen des

Abwasserverbandes rechnet diese in einen Aufteilungsschlüssel um, der für die nicht direkt zurechenbaren Kosten der ARA und Hauptverwaltung angewendet wird.

Um Bauvorhaben subventioniert zu bekommen, muss jeder Förderungswerber eine entsprechende Kosten- und Leistungsrechnung darlegen. „Mit Novellierung der FRL 1999 i.d.F. 1999 i.d.F. 2001 ist die Führung einer Kosten – und Leistungsrechnung (KLR) zur Gewährung einer Förderung seitens des Förderungsnehmers verpflichtend vorgesehen.“⁴³ Da es sich um einen vorgegeben BAB handelt, wird dieser meist in der Praxis verwendet.

⁴³ Kommunalkredit Public Consulting: Spezialthemen zur Förderung in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft gemäß FRL 1999 idF. 2010. Version 01/2012. S. 26
http://www.umweltfoerderung.at/uploads/spezialthemen_v_27jan2012.pdf (Stand: 05.04.2012)

3.5. Beispiele für die Kosten- und Leistungsrechnung in der Siedlungswasserwirtschaft

Da es in der österreichischen SWW schon einige KLR-Systeme gibt bzw. verpflichtend vorgegeben sind, werden diese im Folgenden vorgestellt.

3.5.1. Betriebsabrechnungsbogen der Kommunalkredit Public Consulting



Kosten- und Leistungsrechnung – ABA

Betriebsabrechnungsbogen (BAB)
inkl. Leistungsermittlung

Kostenartengruppe Betriebskosten

BETREIBER: Jahr des Rechnungsabschlusses:

1.	BETRIEBSKOSTEN	Summe	Kanal	Kläranlage	Verwaltung
1.1	Materialkosten u. Stoffkosten:				
1.2	Chemikalien	0,00			
1.3	Sonstige Material- und Stoffkosten	0,00			
1.4	Summe Materialkosten u. Stoffkosten	0,00	0,00	0,00	0,00
1.5	Personalkosten:				
1.6	Reine Personalkosten	0,00			
1.7	Bezüge der Organe	0,00			
1.8	Summe Personalkosten	0,00	0,00	0,00	0,00
1.9	Summe Leistungen durch Dritte	0,00			
1.10	Summe Energiekosten	0,00			
1.11	Summe Reststoffentsorgung	0,00			
1.12	Summe sonstige betriebliche Kosten	0,00			
1.13	Summe Verbandsumlage Betriebskosten	0,00			
1.14	SUMME BETRIEBSKOSTEN inkl. Verwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00
1.15	Umlage Verwaltung Betriebskosten				←
1.16	SUMME BETRIEBSKOSTEN inkl. Umlage	0,00	0,00	0,00	

Kostenartengruppe Kapitalkosten

2.	KAPITALKOSTEN	Summe	Kanal	Kläranlage	Verwaltung
2.1	Kalkulatorische Anlagenabschreibung	0,00			
2.2	Kalkulatorische Zinsen	0,00			
2.3	Geringwertige Wirtschaftsgüter	0,00			
2.4	Verbandsumlage kalk. Anlagenabschreibung	0,00			
2.5	Verbandsumlage kalk. Zinsen	0,00			
2.6	SUMME KAPITALKOSTEN inkl. Verwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00
2.7	Umlage Verwaltung Kapitalkosten				←
2.8	Summe KAPITALKOSTEN inkl. Umlage	0,00	0,00	0,00	
2.9	GESAMTKOSTEN	0,00	0,00	0,00	

Leistungsermittlung

3.	ERMITTLUNG LEISTUNGEN	Summe	4. Allgemeine Angaben	
3.1	Laufende Einnahmen		Abwassermenge	
3.2	Laufende Zuschüsse		Anschlussgrad	
3.3	Laufende Einnahmen von Dritten			
3.4	Einmalige Einnahmen verteilt			
3.5	Einmalige Zuschüsse verteilt			
3.6	SUMME LEISTUNGEN	0,00		

Abbildung 5: Kosten- und Leistungsrechnung für ABA und WVA⁴⁴

Dieser BAB gibt die Einteilung der Kostenstellen (Kanal, Kläranlage, Verwaltung) und Kostenarten bereits vor, deswegen ist das Ausfüllen der Daten für die Betriebskosten relativ schnell und einfach zu erledigen. Dagegen stellen die Kapitalkosten schon eine Herausforderung dar.

Die Betriebskosten setzen sich aus allen Kosten zusammen, die für den laufenden Betrieb notwendig sind und werden den jeweiligen Kostenstellen direkt zugeordnet.

⁴⁴ Kommunalkredit Public Consulting: Kosten- und Leistungsrechnung für ABA und WVA. (Stand: 05.04.2012)
http://www.umweltfoerderung.at/kpc/de/home/umweltfoerderung/fr_betriebe/wasser/alle_unterlagen/

Zur Ermittlung der Kapitalkosten werden die kalkulatorischen Abschreibungen, kalkulatorischen Zinsen und die geringwertigen Wirtschaftsgüter benötigt.

Hier müssen die kalkulatorische Anlagenabschreibung und kalkulatorischen Zinsen berechnet werden. Der Österreichische Gemeindebund hat 2005 eine Schriftenreihe „Kosten- und Leistungsrechnung der Siedlungswasserwirtschaft“ veröffentlicht, wie unter anderem die Kapitalkosten in diesem Formular zu ermitteln sind. Die kalkulatorische Anlagenabschreibung entnimmt man dem Anlageverzeichnis, das jeder Verband gemäß der VRV zu führen hat. Die kalkulatorischen Zinsen werden mithilfe des Mittelwerts der Restbuchwerte ermittelt:

$$\frac{\text{Restbuchwert des AV am 01.01.} + \text{Restbuchwert des AV am 31.01}}{2}$$

Nun ist es zwar so, dass die VRV die Führung eines Anlagenverzeichnisses verpflichtend vorschreibt, aber die Realität oft anders aussieht. Hinzu kommt, dass sich die Siedlungswasserwirtschaft hinsichtlich der Nutzungsdauer der Anlagen bislang nicht einigen konnten – allerdings gibt es Empfehlungen des ÖWAV, dass Kanäle 50 Jahre, maschinelle Ausstattung 15 Jahre und die Abwasserreinigungslage auf 25 Jahre abgeschrieben werden sollen.

Die Leistungsermittlung ist wieder einfach zu berechnen. Alle Einnahmen des abgelaufenen Haushaltsjahres werden in der entsprechenden Zeile erfasst. Nur bei den Punkten 3.4 „Einmalige Einnahmen verteilt“ und 3.5 „Einmalige Zuschüsse verteilt“ muss auf die vergangenen sieben Jahre zurück geschaut werden. Unter den einmaligen Einnahmen versteht man die Anschlussgebühren und Interessentenbeiträge und unter den einmaligen Zuschüssen die Förderungen und Subventionen von Bund und Land.

Da dieser Betriebsabrechnungsbogen die einfachste Form zur Gestaltung einer KLR darstellt, sollte dieser als Basis angestrebt werden.

3.5.2. Betriebsabrechnungsbogen des Abwasserverbandes Grazerfeld

Der Abwasserverband Grazerfeld wurde schon in Punkt 2.3.4 als Musterverband vorgestellt. Der AWW Grazerfeld hat bei der Gründung in den Satzungen festgelegt, dass die Bücher nach der Kameralistik geführt werden, wie auch der Bund, die Länder und die Gemeinden.

Allerdings wird dem kameralen Rechnungsstil oft unterstellt, dass er wenig aussagekräftig ist, da es sich im Grunde um eine einfache Einnahmen-Ausgaben-Rechnung handelt, in der letztlich dargestellt wird, wie und in welchem Ausmaß die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt sind und ob der Voranschlag eingehalten wurde.⁴⁵

Die Idee des Betriebsabrechnungsbogens der KPC wird zwar übernommen, allerdings tiefer gehend, was die Aussagekraft der anfallenden Kosten der Kostenstelle verstärkt.

Der Abwasserverband Grazerfeld betreibt ein Kanalnetz mit der Länge von 802 km mit 330 Pumpstationen,⁴⁶ sowie eine Abwasserreinigungsanlage, die für 120.000 EW ausgebaut ist.⁴⁷ Um die Kosten nun verursachergerecht verteilen zu können, müssen Kostenstellen definiert werden. So bekommt jedes Ortsnetz, jedes Pumpwerk, jeder Anlagenteil der ARA eine eigens definierte Kostenstelle, die direkt bei der Buchung eines Beleges zugeordnet wird. Nur für die Gemeinkosten muss ein Aufteilungsschlüssel errechnet werden, der mit den Einwohnergleichwerten ermittelt wird.

⁴⁵ Vgl. ÖWAV: Grundlagen und Aufbau des Rechnungswesens in der Abwasserentsorgung. Wien 2010. S. 17

⁴⁶ Vgl. Abwasserverband Grazerfeld: Daten Kanalnetz.
<http://awvgrazerfeld.at/verband/index.php?id=5001> (Stand: 14.04.2012)

⁴⁷ Vgl. AWW Grazerfeld: Daten ARA Grazerfeld.
<http://awvgrazerfeld.at/verband/index.php?id=32> (Stand: 14.04.2012)

Beispiele von Kostenstellen:

1202500	Wundschuh
1202501	PW Gradenfeld
1202502	PW Kalvarienberg
1202503	KHW Ziegelwerk
1202504	PW Kasten
1202505	PW Wundschuh
5001000	Mechanik
5001001	Rechenhaus
5001002	Sand- und Fettfang
5001003	Kanalräumgutübernahme/Sandwäscher
5002000	Biologie
5002001	Vorklärbecken
5002002	TZ Becken
5002003	Belebungsbecken
5002004	Nachklärbecken
6100000	Verwaltung

Abbildung 6: Kostenstellenstruktur AWV Grazerfeld

Da alle notwendigen Daten bereits in der Buchhaltung eingegeben werden, müssen nur mehr die gesamten Buchungszeilen in das Formular importiert werden und mit einem Knopfdruck kann für jede Kostenstelle ermittelt und festgestellt werden, welche Kosten angefallen sind. Das ist insofern hilfreich, da für jedes Mitglied ein eigener BAB erstellt werden kann. Dem Verband hilft es, da sogenannte „Kostenfresser“ sichtbar und eventuelle Probleme gelöst werden können. Es empfiehlt sich, diesen BAB nicht nur mit den Daten des abgelaufenen Haushaltjahres zu befüllen, sondern vor allem für das aktuelle Jahr, so kann schneller eingegriffen – wenn zB auf einer bestimmten Kostenstelle, die Kosten höher als erwartet ausfallen - werden. Weiters spielt der BAB für die Planung eine entscheidende Rolle. Es kann festgestellt werden, wann eine Pumpstation das letzte Mal gereinigt wurde, wie hoch die Stromkosten dafür sind, welche Instandhaltungsarbeiten erledigt werden mussten bzw. welche noch erledigt werden müssen. So hat dieser BAB auch eine gewisse Kontrollfunktion bzw. ist er für die Planung zur Erstellung für den Haushaltsvoranschlag hilfreich.

Die folgenden Tabellen zeigen einen kleinen Ausschnitt über die Struktur des Betriebsabrechnungsbogens des AWW Grazerfeld. Er wird in die Hauptkostenstellen und Kostenarten unterteilt. Zuerst für den gesamten Verband und in der nächsten Stufe für jede Gemeinde.

Postennummer	Kostenart	Verband	KANALISATION	KLÄRANLAGE	Verwaltung
					6100000
	Bibliotheksforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Miet- und Pachtzinse (Leasing)	4.765,15	4.765,15	0,00	0,00
700000	Mietzinse	4.765,15	4.765,15	0,00	0,00
	Finanzierungsleasing	0,00	0,00	0,00	0,00
	Pachtzinse	0,00	0,00	0,00	0,00
	Kosten für Kraftfahrzeuge und Reisespesen	0,00	0,00	7.523,91	1.566,85
452000	Treibstoffe	0,00	0,00	7.523,91	0,00
521100	Reisegebühren	0,00	0,00	0,00	0,00
560000	Reisespesen	0,00	0,00	0,00	1.566,85
	Kostenbeiträge und Transferzahlungen	0,00	0,00	7.408,03	2.020,20
764000	Einmalige Entschädigungen	0,00	0,00	0,00	0,00
726000	Mitgliedsbeiträge an Institutionen (Inland)	0,00	0,00	7.408,03	2.020,20
	Kostenbeiträge (Kostensätze) für Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00

Abbildung 7: Betriebsabrechnungsbogen AWW Grazerfeld

Postennummer	Kostenart	VERBANDSKANALISATION	Grazerfeld VNSBW	Allgemein	Feldkirchen-Kalsdorf z-w
				1100000	1100001
	Betriebskosten	170.267,98	170.267,98	1.145,93	1.145,93
	Material- und Stoffkosten	255,23	255,23	0,00	0,00
	Werkstoffe f. Reparatur	255,23	255,23	0,00	0,00
423000	Roh- und Hilfsstoffe	0,00	0,00	0,00	0,00
425000	sonstige Roh- und Hilfsstoffe	0,00	0,00	0,00	0,00
428000	Fertig bezogene Teile	255,23	255,23	0,00	0,00
	Werkzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00
455000	Chemikalien	0,00	0,00	0,00	0,00
	Verbrauchsgüter des laufenden Betriebes	0,00	0,00	0,00	0,00
401000	Verbrauchsgüter des laufenden Betriebes	0,00	0,00	0,00	0,00
452000	Schmier- und Schmiermittel	0,00	0,00	0,00	0,00

Abbildung 8: Betriebsabrechnungsbogen AWW Grazerfeld

Die Vorteile dieses Betriebsabrechnungsbogens sind:

- Mehrjahresvergleiche sowie
- Prognosen

können rasch berechnet werden.

Der Nachteil besteht darin, dass eine Kontrolle über die richtige Kostenstelle notwendig bleibt, da eine falsche Zuordnung bzw. eine falsche Verbuchung eine Fehlentscheidung nach sich ziehen könnte.

3.5.3. Ermittlung Kostendeckungsschwellenwerte - Land Steiermark

Die Steiermärkische Landesregierung hat am 22.06.2011 für die Wasserversorgung neue und für die Abwasserentsorgung geänderte Förderungsrichtlinien für das Bundesland Steiermark beschlossen, die mit 01.05.2011 in Kraft getreten sind. Mit September 2011 wurden die dazu erforderlichen Durchführungsbestimmungen erlassen.

Mit dieser Richtlinie müssen nun alle Gemeinden und Verbände, die bei der steiermärkischen Landesregierung um Förderung ansuchen dieses Formular, das auszugsweise dargestellt wird, ausfüllen, was viele Gemeinden und Verbände vor eine große Herausforderung stellt. Um die einzelnen Registerblätter, wie zB

- BAB KPC (siehe Seite 18 f.)
- Kostendeckungsschwellenwerte
- Kosten- und Ausgabendeckung (siehe Anhang)
- Anlagen- und Finanzierung (siehe Anhang)

ausfüllen zu können, muss die Gemeinde bzw. der Verband sämtliche dafür notwendigen Daten zusammenfassen. Das bedeutet, dass - seit Baubeginn des Kanals – sämtliche Bauvorhaben, mit der Baugesamtsumme und die dafür benötigte Finanzierung, Förderung, Eigenmittelanteile und Rücklagen

eingefügt werden. Da oftmals der Baubeginn in die frühen 1960er Jahre reicht, sind teilweise die benötigten Aufzeichnungen nicht mehr bzw. nur teilweise vorhanden – so müssen Annahmen getroffen werden.

Der gravierendste Unterschied zu den bisherigen Kosten- und Leistungsrechnungssystemen besteht darin, dass bei diesem Formular die kalkulatorische Anlagenabschreibung sowie die kalkulatorischen Zinsen berücksichtigt werden, die nutzungsdauerkongruent gerechnet werden. Das bedeutet, dass die verschiedenen Nutzungsdauern von Kanälen, Kläranlagen, maschinelle und elektrische Anlagen im Verhältnis zu den Investitionskosten gewichtet werden.

Die Ziele dieses Formulars sind für den Kostenunterdeckungs- und Kostenüberdeckungsschwellenwert klar definiert:

„Die Einhaltung des Siedlungswasserwirtschaftlichen Kostenunterdeckungsschwellenwertes stellt sicher, dass bis zum Ende der Nutzungsdauer neben den Betriebskosten zumindest die für die Finanzierung der Anschaffungskosten der Anlagen verwendeten Fremddarlehen, Inneren Darlehen und aktivierten Eigenleistungen der zu betrachtenden Wirtschaftseinheit und die aufgelösten Rücklagen des Haushaltes zurückgezahlt werden können.“⁴⁸

Siedlungswasserwirtschaftlicher Kostenunterdeckungsschwellenwert			
Summen	Leitungen	Kläranlagen, Hochbehälter, Brunnen, Pumpwerke	Verwaltung
2.006.441,26	666.607,26	948.398,99	391.435,02
	161.568,06	229.866,96	
2.006.441,26	828.175,31	1.178.265,95	

Summen	Leitungen	Kläranlagen, Hochbehälter, Brunnen, Pumpwerke	Verwaltung
430.890,23	0,00	0,00	430.890,23
138.102,33	0,00	0,00	138.102,33
81.274,70	0,00	0,00	81.274,70
1.942.438,10	1.465.880,46	476.557,64	
988.943,99	746.316,53	242.627,46	
3.581.649,35	2.212.196,99	719.185,10	650.267,26
	490.730,73	159.536,53	
3.581.649,35	2.702.927,72	878.721,63	
5.588.090,61	3.531.103,03	2.056.987,58	

Summen
5.851.761,31
169.515,71
0,00
0,00
26.560,95
6.047.837,97

Zielerreichung des Kostenunterdeckungsschwellenwertes (>=100%)	
108,23%	

Gebührensseitige Veränderungen zur Erreichung des Kostenunterdeckungsschwellenwertes	
€ 5.392.014	Erforderliche Gebühreneinnahmen für den laufenden Betrieb in Euro
-€ 459.747	Erforderliche Erhöhung oder mögliche Absenkung der Gebühreneinnahmen für den laufenden Betrieb in Euro
-8%	Erforderliche Erhöhung oder mögliche Absenkung der Gebühreneinnahmen für den laufenden Betrieb in %

Kostenartengruppe Betriebskosten				
1.	BETRIEBSKOSTEN			
1.1	SUMME BETRIEBSKOSTEN inkl. Verwaltung			
1.2	Umlage Verwaltung Betriebskosten			
1.3	SUMME BETRIEBSKOSTEN inkl. Umlage			

Kostenartengruppe Kapitalkosten				
2.	KAPITALKOSTEN			
2.1	Kalkulatorische Anlagenabschreibung			
2.2	Kalkulatorische Zinsen			
2.3	Nutzungsdauerbezogene Liquiditätskosten			
2.4	Kalkulatorische Abschreibung für gemeinsame Anlagen			
2.5	Kalkulatorische Zinsen für gemeinsame Anlagen			
2.6	SUMME KAPITALKOSTEN inkl. Verwaltung			
2.7	Umlage Verwaltung Kapitalkosten			
2.8	SUMME KAPITALKOSTEN inkl. Umlage			
2.9	GESAMTKOSTEN			

Leistungsermittlung				
3.	ERMITTLUNG LEISTUNGEN			
3.1	Erlöse für den laufenden Betrieb			
3.2	Nutzungsdauerbezogene laufende Zuschüsse für Investitionen			
3.3	Erlöse von Dritten und sonstige Erlöse (Sieben-Jahres-Durchschnitt)			
3.4	Erlöse aus Netzverdichtungen (Sieben-Jahres-Durchschnitt)			
3.5	Nutzungsdauerbezogene Liquiditätserlöse			
3.6	SUMME LEISTUNGEN			

4. ALLGEMEINE ANGABEN				
4.1	Verrechenbare Wassermenge in m³ im Rechnungsjahr			
4.2	Anschlussgrad in % der Hauptwohnbevölkerung			
4.3	Gebühren eines Musterhaushaltes pro m³ netto			€ 0,00

zu 4.3 Angaben zum Musterhaushalt	Berechnungswert	Einheit	Einheitssatz	Gebühr (excl. MwSt.)
3 Personen	3	E		0,00
Wasserverbrauch von 120 Liter pro Person und Tag	1215	m³ / a		0,00
2 WC / Bäder	2	Stk.		0,00
Berechnungsfläche		m²		0,00
Regenwasserentsorgung				0,00
Grundstückfläche 600 m²		m²		0,00

Abbildung 9: Kostenunterdeckungsschwellenwert⁴⁹

⁴⁸ Das Land Steiermark FA19A: Kosten- und Leistungsrechnung für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft in der Steiermark
http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10038378_879300/e2a9333c/KLR%20SWWW%20Pr%C3%A4sentation%2020120328.pdf (Stand: 21.05.2012)

⁴⁹ Das Land Steiermark, Kosten- und Leistungsrechnung [KLR SWWW Tabellenkalkulation Leerformular 20120328 maximal 32 Bauabschnitte](#)

„Die Einhaltung des Siedlungswasserwirtschaftlichen Kostenüberdeckungsschwellenwertes stellt sicher, dass bis zum Ende der Nutzungsdauer nicht höhere Rücklagen im Haushalt angespart werden, als für die einmalige Reinvestition der betriebsnotwendigen Anlagen benötigt wird.“⁵⁰

Kostenartengruppe Betriebskosten	
1.	BETRIEBSKOSTEN
1.1	SUMME BETRIEBSKOSTEN inkl. Verwaltung
1.2	Umlage Verwaltung Betriebskosten
1.3	SUMME BETRIEBSKOSTEN inkl. Umlage

Kostenartengruppe Kapitalkosten	
2.	KAPITALKOSTEN
2.1	Kalkulatorische Anlagenabschreibung
2.2	Kalkulatorische Zinsen
2.3	Nutzungsdauerbezogene Liquiditätskosten
2.4	Kalkulatorische Abschreibung für gemeinsame Anlagen
2.5	Kalkulatorische Zinsen für gemeinsame Anlagen
2.6	SUMME KAPITALKOSTEN inkl. Verwaltung
2.7	Umlage Verwaltung Kapitalkosten
2.8	Summe KAPITALKOSTEN inkl. Umlage
2.9	GESAMTKOSTEN

Siedlungswasserwirtschaftlicher Kostenüberdeckungsschwellenwert			
Summen	Leitungen	Kläranlagen, Hochbehälter, Brunnen, Pumpwerke	Verwaltung
2.006.441,26	666.607,25	948.398,99	391.435,02
	161.568,06	229.866,96	
2.006.441,26	828.175,31	1.178.265,95	

Siedlungswasserwirtschaftlicher Kostenüberdeckungsschwellenwert			
Summen	Leitungen	Kläranlagen, Hochbehälter, Brunnen, Pumpwerke	Verwaltung
1.156.204,34	0,00	0,00	1.156.204,34
385.467,58	0,00	0,00	385.467,58
43.815,15	0,00	0,00	43.815,15
5.212.128,80	3.933.385,44	1.278.743,36	
1.935.191,54	1.460.411,77	474.779,77	
8.732.807,41	5.393.797,21	1.753.523,13	1.585.487,07
	1.196.503,77	388.983,30	
8.732.807,41	6.590.300,98	2.142.506,43	
10.739.248,67	7.418.476,28	3.320.772,38	

Leistungsermittlung	
3.	ERMITTLUNG LEISTUNGEN
3.1	Erlöse für den laufenden Betrieb
3.2	Nutzungsdauerbezogene laufende Zuschüsse für Investitionen
3.3	Erlöse von Dritten und sonstige Erlöse (Sieben-Jahres-Durchschnitt)
3.4	Erlöse aus Netzverdichtungen (Sieben-Jahres-Durchschnitt)
3.5	Nutzungsdauerbezogene Liquiditätserlöse
3.6	SUMME LEISTUNGEN
4.	ALLGEMEINE ANGABEN
4.1	Verrechenbare Wassermenge in m³ im Rechnungsjahr
4.2	Anschlussgrad in % der Hauptwohnsitzbevölkerung
4.3	Gebühren eines Musterhaushaltes pro m³ netto

zu 4.3 Angaben zum Musterhaushalt	Berechnungswert	Einheit	Einheitssatz	Gebühr (excl. MwSt.)
3 Personen		3 E		0,00
Wasserverbrauch von 120 Liter pro Person und Tag	1215	m³ / a		0,00
2 WC / Bäder		Stk.		0,00
Berechnungsfläche		m²		0,00
Pflegewasserversorgung				0,00
Grundstückfläche 600 m²		m²		0,00

Summen	
5.851.761,31	
169.515,71	
0,00	
0,00	
26.560,95	
6.047.837,97	

Zielerreichung des Kostenüberdeckungsschwellenwertes (<=100%)	56,32%
---	--------

Gebührenseitige Veränderungen zur Erreichung des Kostenüberdeckungsschwellenwertes	
€ 10.543.172	Erforderliche Gebühreneinnahmen für den laufenden Betrieb in Euro
€ 4.691.411	Mögliche Erhöhung oder erforderliche Absenkung der Gebühreneinnahmen für den laufenden Betrieb in Euro
80%	Mögliche Erhöhung oder erforderliche Absenkung der Gebühreneinnahmen für den laufenden Betrieb in %

Abbildung 10: Kostenüberdeckungsschwellenwert⁵¹

http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10038378_879300/d66a9783/KLR%20SWW%20Tabellenkalkulation%20Leerformular%2020120328_maximal%2032%20Bauabschnitte.xls (Stand: 21.05.2012)

⁵⁰ Das Land Steiermark FA19A: Kosten- und Leistungsrechnung für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft in der Steiermark

http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10038378_879300/e2a9333c/KLR%20SWW%20Pr%C3%A4sentation%2020120328.pdf (Stand: 21.05.2012)

⁵¹ Das Land Steiermark, Kosten- und Leistungsrechnung. [KLR SWW Tabellenkalkulation Leerformular 20120328 maximal 32 Bauabschnitte](http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10038378_879300/d66a9783/KLR%20SWW%20Tabellenkalkulation%20Leerformular%2020120328_maximal%2032%20Bauabschnitte.xls)

http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10038378_879300/d66a9783/KLR%20SWW%20Tabellenkalkulation%20Leerformular%2020120328_maximal%2032%20Bauabschnitte.xls (Stand: 21.05.2012)

4. Berechnungsmodelle

In der Steiermark gibt es insgesamt 542 Gemeinden und in den meisten Gemeinden werden unterschiedliche Berechnungsmodelle für die Kanalbenützungsgebühren angewendet. So kann es sein, dass in der Wohngemeinde eine andere Gebühr verrechnet wird als in der Nachbargemeinde. Jede Gemeinde kann nach § 6 Kanalabgabengesetz i.d.g.F. die Gebührengestaltung frei wählen und die Art und das Ausmaß obliegt den freien Beschlussrechten der Gemeinden. Allerdings dürfen sie nur bis zur Höhe der doppelten Aufwendungen Gebühren einheben.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark hat im Jahr 2009 eine Erhebung durchgeführt wie die Gemeinden die Kanalbenützungsgebühren verrechnen. Bei dieser Erhebung haben 390 Gemeinden teilgenommen und ihre Gebühren zur Verfügung gestellt.

Berechnungssystem, Anzahl der Gemeinden und Haushalt			
	System	Anzahl der Gemeinden	Anzahl der Haushalte
1	Wasserverbrauch	110	134.051
2	Einwohnergleichwert	86	36.326
3	Fläche	16	28.781
4	WC	1	1.058.514
5	Haushalt	6	2.169
6	sonstige	16	4.654
7	Wasserverbrauch und Einwohnergleichwert	16	6.433
8	Wasserverbrauch und Fläche	15	26.108
9	Wasserverbrauch und Haushalt	1	194
10	Einwohnergleichwert und Fläche	34	15.093
11	Fläche und sonstige	3	1.024
12	Wasserverbrauch, Einwohnergleichwert und WC	1	10.348
13	Wasserverbrauch, Fläche und Haushalt	1	903

Abbildung 11: Berechnungssysteme, Anzahl der Gemeinden und Haushalte⁵²

⁵² vgl. Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009. S.27

4.1. Modell nach Wasserverbrauch

Die Benützungsgebühren nach dem Wasserverbrauch zu rechnen hat insofern den Vorteil, dass mit der Ressource Wasser sparsam umgegangen wird.

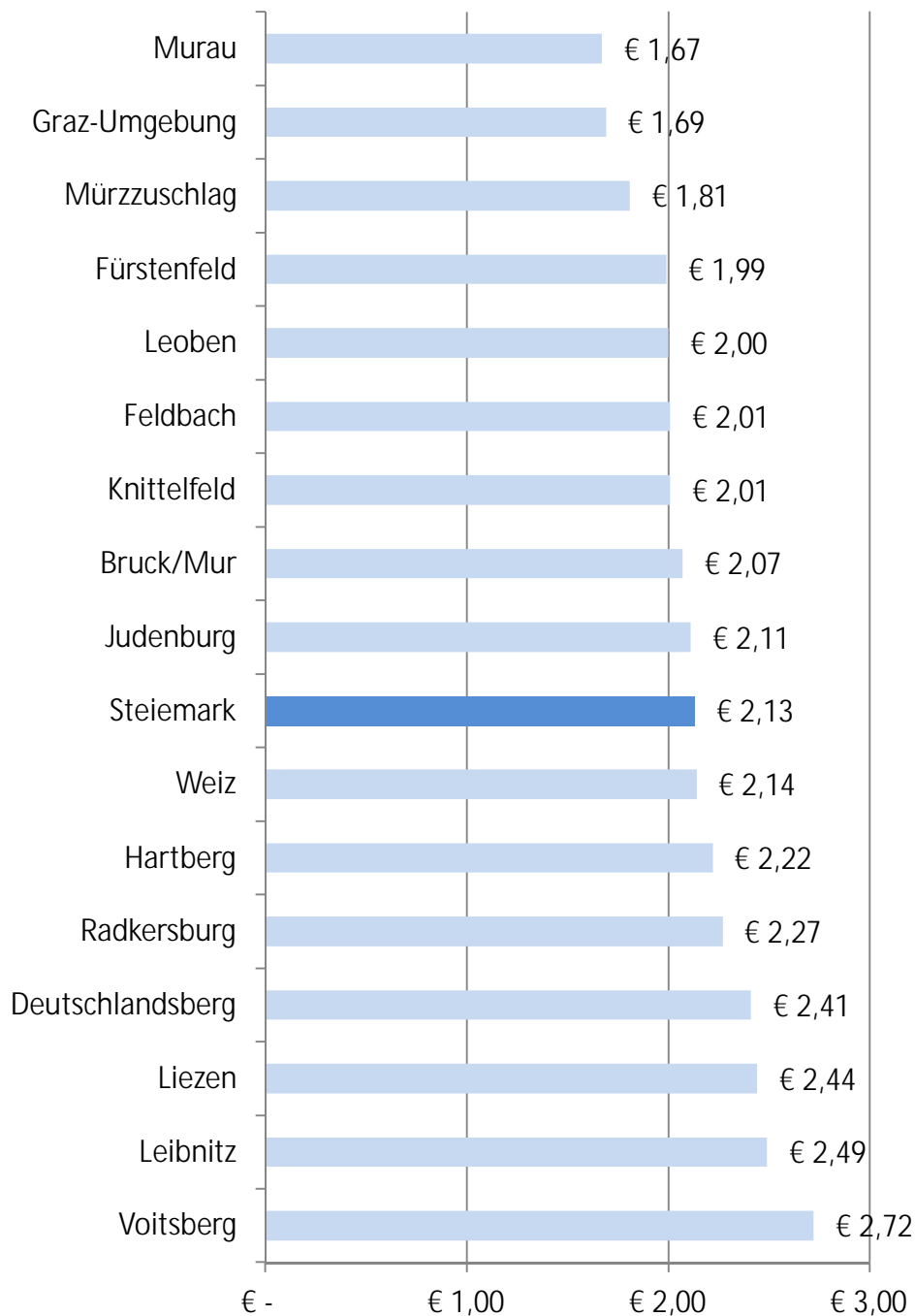
Der Wasserverbrauch wird mit Wasserzähler festgestellt, der geeicht sein muss. Zur Feststellung der Kanalbenützungsgebühr wird der jährliche Wasserverbrauch in Kubikmetern mit der in der Kanalabgabenordnung festgelegten Gebühr je Kubikmeter Wasser multipliziert.⁵³ Allerdings wird bei dieser Berechnung jedes Wasser gezählt, das vom Wasserhahn runtergelassen wird. Obwohl nicht jedes Wasser direkt Abwasser wird. So muss zB auch für die Gartenbewässerung, für das Trinkwasser, etc. Kanalgebühr bezahlt werden, obwohl kein Tropfen in den Kanal fließt. Diese Gemeinden, die nach diesem Modell abrechnen, meinen, dass es die gerechteste Form der Gebühr darstellt, weil jeder Bürger Einfluss auf die Gebühren hat. Um das Problem mit der Gartenbewässerung in den Griff zu bekommen, werden Regenserauffangbecken vorgeschlagen.

Allerdings ergibt sich mit dem wenigen Wasserverbrauch ein neues Problem. Kanalrohre sind auf bestimmte Abwassermengen ausgerichtet, bleiben die erwarteten Mengen aus, kann es zu Ablagerungen und Verstopfungen kommen, dadurch erhöhen sich die Kosten für das Kanalspülen oder ein Kanalstrang muss im schlimmsten Fall komplett erneuert werden. Die Kanalreinigung wird zwar in regelmäßigen Abständen durchgeführt und ist dementsprechend im Budget kalkuliert, doch Verstopfungen, die Noteinsätze der Kanalreinigungsfirma hervorrufen, sind nicht berücksichtigt und werden den Bürgern weiterverrechnet.

⁵³ Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009. S.24

Gebührenberechnungssystem Wasserverbrauch: Gebühr je Kubikmeter

Mittelwert nach Bezirken inkl. 10% MwSt.

**Abbildung 12:** Gebührenberechnungssystem Wasserverbrauch⁵⁴

⁵⁴ Vgl. Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009. S. 36

4.2. Modell nach Einwohnergleichwert

Der Parameter Einwohnergleichwert zur Feststellung der Höhe der Kanalbenützungsgebühr für die Haushalte wird ebenso gerne verwendet. Der Einwohnergleichwert nimmt technisch gesehen Bezug auf den biologischen Sauerstoff der notwendig ist, um die Schmutzfracht im Abwasser, die ein Mensch im Laufe eines Tages produziert, abzubauen. Wird dieses System verwendet, dann errechnet sich die Kanalbenützungsgebühr aus dem Produkt der für den jeweiligen Haushalt festgestellten Einwohnergleichwerte und der Gebühr je Einwohnergleichwert.⁵⁵

Mit dem Parameter Einwohnergleichwert liegt ein pauschalierter Wasserverbrauch zugrunde. Allerdings gibt es auch hier unterschiedliche Annahmen, wie viel Wasser ein Mensch jährlich durchschnittlich verbraucht.

Auch bei diesem Modell wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, allerdings wird eine Annahme getroffen, was unter Umständen nicht den tatsächlichen Werten entspricht.

Der Vorteil an diesem Abrechnungsmodell ist eindeutig der, dass viele Abwasserverbände ihren Aufteilungsschlüssel nach den Einwohnergleichwerten berechnen.

Als Beispiel:

Der Abwasserverband Grazerfeld hat mit den 17 Mitgliedern insgesamt 53.521 kommunale EW und 38.312 industrielle EW, in Summe sind das 90.648 EW. Mit der Summe der Ausgaben lt. Rechnungsabschluss 2012 von 5.853.763,64 Euro, kostet ein EW im Verbandsgebiet 64,58 Euro.

⁵⁵ Vgl. Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009. S. 24

Da der Großteil der Verbandsmitglieder im Bezirk Graz-Umgebung liegen, wo der Durchschnittswert bei 82,41 Euro je EW liegt, kann gesagt werden, dass um 17,83 Euro je EW mehr eingenommen wird als die Gemeinde an den Verband zahlt.

Gebührenberechnungssystem Einwohneregleichwert: Gebühr je EW

Mittelwert nach Bezirken inkl. 10% MwSt.

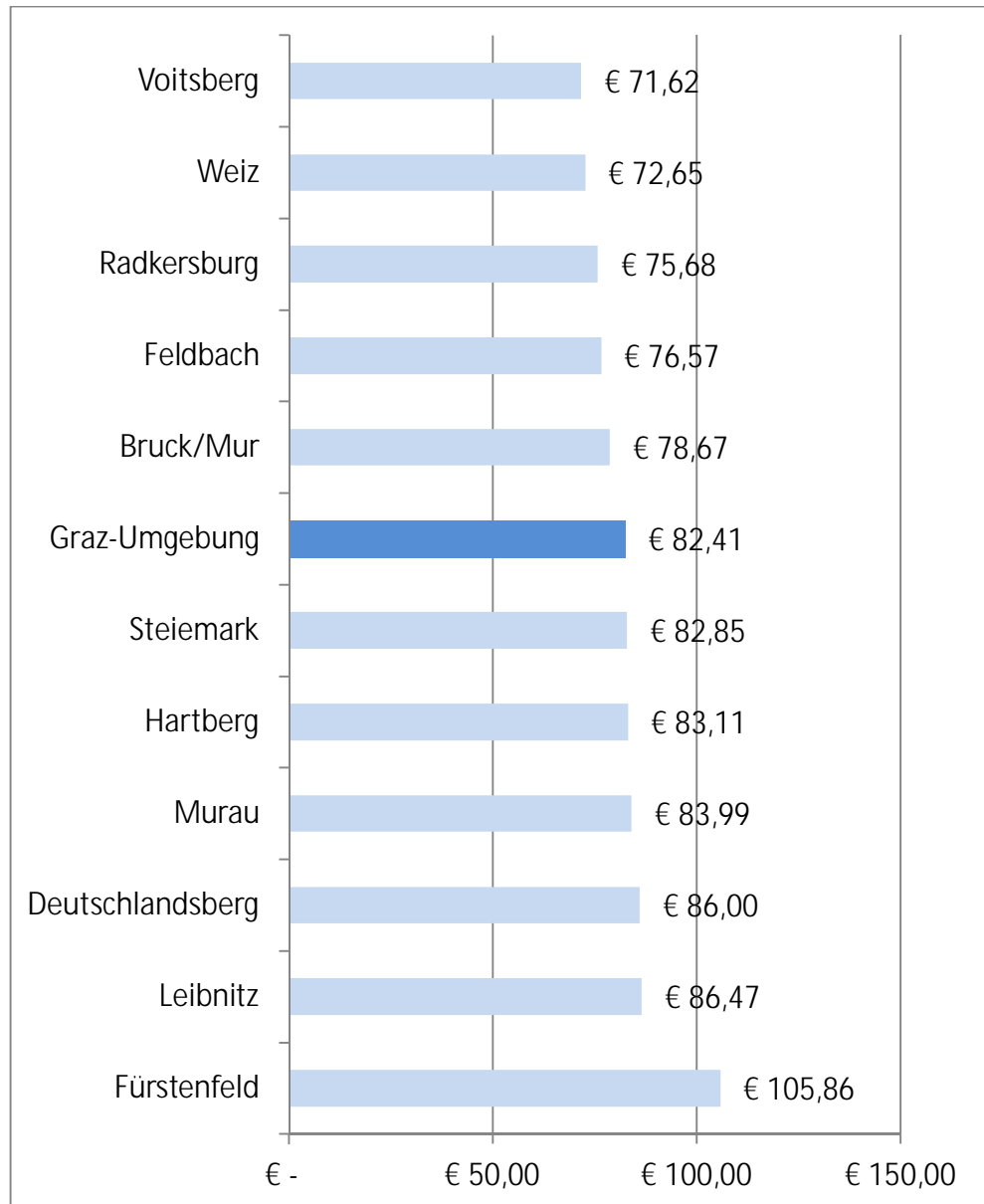


Abbildung 13: Gebührenberechnungssystem Einwohneregleichwert⁵⁶

⁵⁶ Vgl. Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009. S. 37

4.3. Modell nach Quadratmeter

Die Kanalbenutzungsgebühr wird auch nach der festgestellten Fläche, die mit der Gebühr je Quadratmeter aus der Kanalabgabenordnung multipliziert wird, berechnet.

Dieses Modell hat eindeutig den Vorteil von dicht verbauten Flächen innerhalb einer Gemeinde. Je mehr Wohnflächen die Gemeinde hat, desto größer sind die Einnahmen. Der eindeutige Nachteil liegt darin, dass es nicht unbedingt auf dem Verursacherprinzip beruht. Die Abwassermenge wird in diesem Modell nicht berücksichtigt.

Gebührenberechnungssystem Fläche: Gebühr je Quadratmeter

Mittelwert nach Bezirken inkl. 10% MwSt.

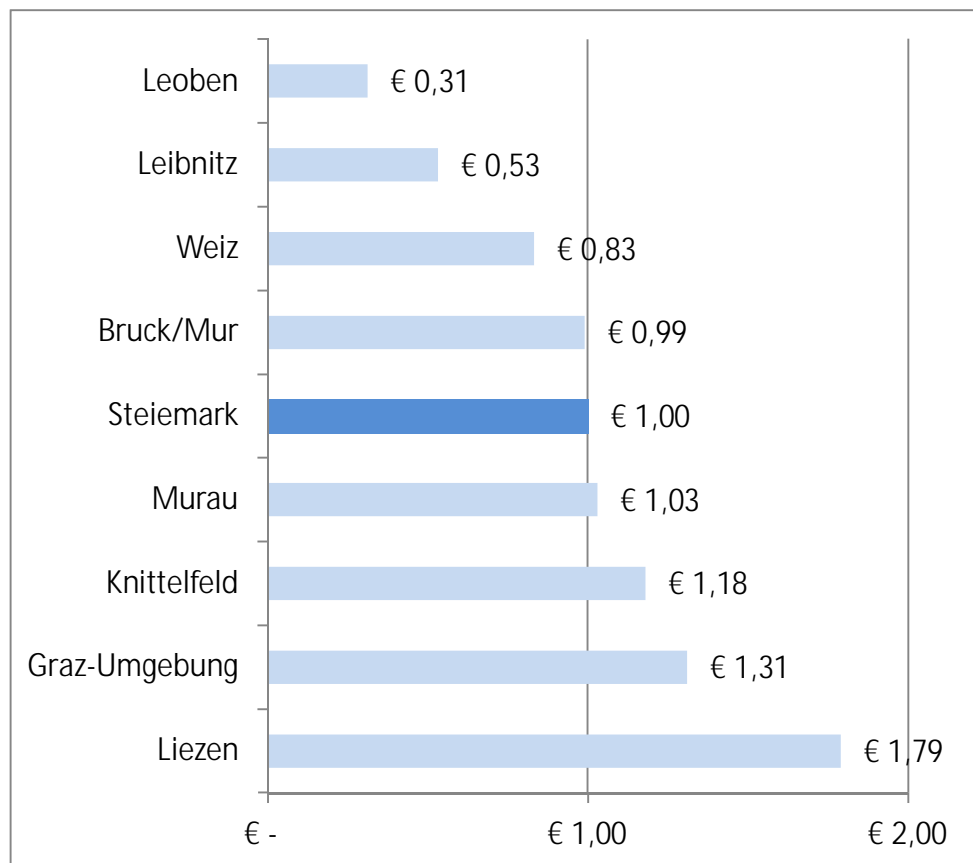


Abbildung 14: Gebührenberechnungssystem Fläche⁵⁷

⁵⁷ Vgl. Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009. S.39

4.4. Misch-Modelle und sonstige Modelle

Auch Misch-Modelle werden in einigen Gemeinden verwendet. So werden teilweise auch kombinierte Formen von den bisher genannten Modellen genutzt. Wasserverbrauch und Einwohnergleichwert, Wasserverbrauch und Fläche, Wasserverbrauch und Haushalt. Diese Misch-Modelle haben den Vorteil, dass Gemeinden, die zB nur mit dem Berechnungsmodell Wasserverbrauch nicht kostendeckend wären – da die Bürger Wasser sparen - deshalb wird ein zweiter Parameter herangezogen, sodass die Kosten gedeckt werden.

In der Steiermark gibt es eine Vielzahl von Berechnungsmodellen, einige die noch nicht erwähnt wurden, aber eine große Anzahl von Bürgern betreffen, werden im Folgenden noch genannt:

System WC:

Für die Berechnung der Kanalbenützungsgebühr wird auch die Anzahl der Toiletten in den Haushalten als Berechnungsparameter herangezogen.⁵⁸

System Haushalt:

Nach diesem Berechnungssystem setzt sich die Gebühr aus der Grundgebühr und/oder einer Gebühr in Entsprechung der Größe des Haushaltes.⁵⁴

⁵⁸ Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009. S.25

5. Auswirkungen

Im nächsten Kapitel geht es darum festzustellen, welche Auswirkungen die Kanalbenutzungsgebühren auf die Politik, die Menschen und die Umwelt haben.

5.1. Politische Auswirkungen

Die Kanalbenutzungsgebühren werden von der Gemeinde vorgeschrieben und eingehoben. Die Höhe der Abgabe liegt im Ermessen der Gemeinde und da diese Angelegenheit ausschließlich die Gemeinden betrifft, ist es ein bevorzugtes Wahlthema bei den Gemeinderatswahlen.

Beliebt macht sich kein Bürgermeister, wenn er die Gebühren anhebt, aber dass es manchmal notwendig und sogar sinnvoll ist, wird leider zu wenig kommuniziert. Wie schon im Kapitel 2 beschrieben werden die Förderungen vom Bund auf ein Minimales gekürzt, obwohl die Notwendigkeit der Investitionen nicht geringer wird. Wenn die Gemeinde auch noch bei der Landesförderung durchfällt - indem man den Kostenunterdeckungsschwellenwert von 100 Prozent nicht erreicht - fällt auch diese Förderung vollkommen aus. Damit wird die Gemeinde sogar mehr oder weniger gezwungen, die Gebühren anzupassen.

Für die Opposition ist eine bevorstehende Gebührenerhöhung natürlich ein gefundenes Fressen. Kein Bürgermeister, der eine Erhöhung vorschlägt, wird die Wahl mit diesem Thema gewinnen können. Doch auch der Opposition würde nichts anderes übrig bleiben als die Gebühren zu erhöhen – allerdings wird sie es erst nach der Wahl machen.

Sind nun aber die Gebühren so hoch, dass der Kostenunterdeckungsschwellenwert bei über 150 Prozent liegt, bekommt die Gemeinde wieder keine Förderung. Das Land Steiermark geht davon aus, dass genügend Geld zur

Bildung von Rücklagen vorhanden ist und deshalb keine Subventionen erforderlich sind. Doch bedeutet das nun, dass der Bürger zu viel zahlt? Nein, es bedeutet lediglich, dass die Gemeinde ein gut kalkuliertes Gebührenmodell hat, aber eine Absenkung oder Erhöhung der Gebühren nicht notwendig ist.

Liegt die Gemeinde allerdings bei dem Kostenunterdeckungsschwellenwert bei über 200 Prozent, kann gesagt werden, dass die Gebühren eindeutig zu hoch sind bzw. die Ausgaben im Vergleich zu den Einnahmen zu niedrig und eine Absenkung der Gebühren möglich ist.

5.2. Soziale Auswirkungen

Durch die Bundes- und Landesförderung sollen sozial verträgliche Gebühren gesichert werden, doch wie hoch ist sozial verträglich?

An der folgenden Abbildung ist klar erkennen, dass sich in den letzten 15 Jahren im Bereich der Kanalbenützungsgebühren sehr viel getan hat. Die steirischen Bezirke haben die Gebühren teilweise nicht nur verdoppelt sondern verdreifacht oder vervierfacht. Daraus lässt sich schließen, dass der Entsorgungsgrad enorm angestiegen ist und die Gebühren angepasst wurden.

Gegenüberstellung der durchschnittlichen Kanalbenützungsgebühren 1995 und 2009 nach Bezirken

	Kanalbenützungsgebühren 1995	Kanalbenützungsgebühren 2009	Veränderung in Prozent
Mürzzuschlag	156,51	316,84	159
Liezen	153,12	375,90	145
Leoben	131,20	286,37	118
Bruck/Mur	169,68	365,98	116
Murau	122,25	331,36	112
Knittelfeld	123,55	259,83	110
Judenburg	183,04	361,44	97
Weiz	178,40	329,51	95
Steiermark	168,76	312,63	91
Hartberg	163,43	304,82	87
Deutschlandsberg	210,75	388,17	84
Radkersburg	179,17	343,21	78
Graz	120,29	206,52	72
Fürstenfeld	199,06	326,69	64
Feldbach	177,62	279,11	57
Graz-Umgebung	160,06	251,37	57
Voitsberg	211,57	327,83	55
Leibnitz	179,54	259,83	45

Abbildung 15: Gegenüberstellung der durchschnittlichen Kanalbenützungsgebühren 1995 und 2009 nach Bezirken⁵⁹

⁵⁹ Vgl. Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009 S.46

Um die Auswirkungen der zu hohen oder zu niedrigen Gebühren zu erklären, werden sie unterschiedlich betrachtet.

Zu hohe Kanalbenützungsgebühren können unter anderem die Folge haben, dass

- die BürgerInnen die hohen Gebühren nicht bezahlen wollen oder können und eine Abwanderung stattfindet.
- das Unverständnis der BürgerInnen wächst, wenn die Gebühren in der Nachbargemeinde niedriger sind.
- BürgerInnen weniger darauf achten, was sie über den Kanal entsorgen, da die Gebühren ohnehin schon hoch sind.

Grundsätzlich kann man sagen, dass Gemeinden, die zu niedrige Kanalbenützungsgebühren haben, sich keinen Gefallen tun. Wenn sie ihre Gebühren nicht unter Kontrolle haben und nur schauen, ob sich die Einnahmen mit den Ausgaben decken, kann es irgendwann einmal zu einem großen Problem kommen: Sie werden – im schlimmsten Fall - zahlungsunfähig oder zählen zu den sogenannten Abgangsgemeinden. Das sind Gemeinden, die ihren ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können (die Ausgaben aus dem ordentlichen Haushalt übersteigen die Einnahmen aus dem ordentlichen Haushalt).⁶⁰ Im Jahr 2010 konnten 250⁶¹ oder 46 Prozent aller steirischen Gemeinden ihre Ausgaben nicht durch ihre Einnahmen decken. Der Handlungsbedarf liegt nahe und Maßnahmen müssen gesetzt werden. Sobald eine Gemeinde ihre Ausgaben durch ihre Gebühren nicht mehr decken kann, verliert sie die Förderungen in diesem Bereich und die Kanalbenützungsgebühren müssten auf jeden Fall erhöht werden.

Auch die Bevölkerung kann einen großen Teil dazu beitragen, dass die Benützungsgebühren nicht explosionsartig ansteigen. In der Abwasserentsor-

⁶⁰ Vgl. Kommunalkredit Austria AG (Hg.): Finanzbericht 2011. Wien: 16.12.2011. S. 164

⁶¹ Steiermärkischer Gemeindebund (Hg.): Forderungskatalog des Steiermärkischen Gemeindebundes an die neue Landesregierung. In: Steirische Gemeindenachrichten. Nr. 6. Graz: 2010. S. 4

gung entstehen jedes Jahr 6 Millionen Euro Mehrkosten aufgrund von Fehlwürfen und Fremdwassereinleitungen.⁶²

Fehlwürfe

bedeutet eine unsachgemäße Entsorgung von:

- Speisereste, Frittieröle und andere Fette, die nicht selten zu Geruchsbelästigung und Rattenplagen führen
- Gifte, Chemikalien, Motor- und Getriebeöle, die im Betrieb der Abwasserreinigungsanlagen die Mikroorganismen zerstören
- Bekleidungsstücke wie z.B. Strümpfe, Unterwäsche, Socken etc.
- Hygieneartikel wie z.B. Binden, Tampons, Windeln
- Katzenstreu und andere Feststoffe, Tierkadaver wie z.B. Katzen, Hamster
- Zement, Mörtelreste sowie Bauschutt oder Schotter
- Gebisse, Batterien, Handys und Brillen

Abbildung 16 Fehlwürfe⁶³

Fremdwassereinleitung

bedeutet, dass Abwasserreinigungsanlagen, die nach dem Trennsystem (Abwasser- und Regenwasser wird getrennt behandelt) ausgerichtet sind und werden durch unerlaubte Einleitung von Niederschlagswässern von zB Dachrinnen oder Hofflächen bei Starkregen extrem belastet werden, was zu Überflutungen oder Hochwasser führen kann.⁶⁴

⁶² Vgl. GSA: Denk Klobal Schütz' den Kanal – Zahlen und Fakten. o.J.
URL: http://www.gsa.or.at/index.php?option=com_content&view=article&id=3&Itemid=2
(Stand: 21.06.2012)

⁶³ GSA: Denk Klobal Schütz' den Kanal – Zahlen und Fakten. o.J.
URL: http://www.gsa.or.at/index.php?option=com_content&view=article&id=4&Itemid=4
(Stand: 21.06.2012)

⁶⁴ Vgl. GSA: Denk Klobal Schütz' den Kanal – Zahlen und Fakten. o.J.
URL: http://www.gsa.or.at/index.php?option=com_content&view=article&id=4&Itemid=4
(Stand: 21.06.2012)

Durch diese unsachgemäße Entsorgung werden die Ausgaben höher und die Gebühren müssten angepasst werden.

Sieht man in Länder ohne Abwassersystem werden die Gebühren dafür nebensächlich. So schreibt UNICEF einen Online-Bericht am 19.03.2009 über verunreinigtes Wasser und deren Folgen:.

„Ungeklärte Abwässer und fehlende Latrinen verursachen zahlreiche Krankheiten. Extrem hoch ist das Gesundheitsrisiko insbesondere in großen Städten und überall dort, wo viele Menschen auf engem Raum leben. So breiten sich in Flüchtlingslagern Darmkrankheiten wie Durchfall oder Cholera sowie Wurmerkrankungen sehr schnell aus. Ein Gramm Exkremente kann zehn Millionen Viren, eine Million Bakterien, 1.000 Parasiten und 100 Eier von Parasiten enthalten. Durch bessere sanitäre Einrichtungen können Krankheiten wie Bilharziose, Hepatitis A und die hoch ansteckende Trachom-Augeninfektion erheblich eingedämmt werden. So ließen sich jährlich mehr als 390 Millionen Durchfallerkrankungen verhindern. Mit simplen Hygienemaßnahmen wie dem Händewaschen mit Seife könnte die Zahl der Durchfallerkrankungen um knapp die Hälfte verringert werden. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation stehen einem Euro, der in die Wasser- und Sanitärversorgung investiert wird, Einsparungen bei der Behandlung von Krankheiten in Höhe von rund neun Euro entgegen.“⁶⁵

⁶⁵ UNICEF: Tod durch verseuchtes Wasser. 19.03.2012.
<http://www.unicef.de/presse/pm/2009/090319-weltwassertag-am-22maerz-tod-durch-verseuchtes-wasser/> (Stand: 25.06.2012).

6. Resümee

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es eine Vielzahl von Einflussfaktoren im Bereich Kanalbenützungsgebühren gibt. Alle Beteiligten, sowohl die Bundes- oder Landesregierung als auch die Gemeinde und ihre Bevölkerung können ihren Beitrag leisten.

6.1. Maßnahmen

Die Gemeinschaft Steirischer Abwasserentsorger (GSA) haben im Jahr 2010 eine Werbekampagne über den Kanal gestartet: „Denk Klobal Schütz' den Kanal“.

NICHTSCHWIMMER





Gemeinschaft Steirischer Abwasserentsorger

Hygieneartikel, Katzenstreu, Speisereste, Altöle, u.v.m., die über das WC entsorgt werden, verstopfen die Rohrleitungen und behindern eine effiziente Abwasserentsorgung. Sie müssen in der Kläranlage mühsam entfernt und entsorgt werden. Dies führt zu enormen Mehrkosten in der Abwasserreinigung und belastet die Umwelt. Helfen Sie mit, das steirische Kanalnetz zu schützen und die Umwelt zu schonen! Infos auf: www.gsa.or.at



© GSA

Bei dieser Informationsoffensive wurden fast 75 Prozent der steirischen Haushalte - mittels Flugblätter, Radiowerbung, Zeitungsartikel uä - darüber informiert, was nicht in den Kanal gehört bzw. welche Ursachen durch unsachgemäße Entsorgung entstehen können. Die GSA erwartet sich durch diese Kampagne Einsparungen in Höhe von 1,2 Mio. Euro in den folgenden Jahren.

Diese Informationen sind für die BürgerInnen einfach wichtig, weil die allgemeine Meinung darin liegt, dass die Gebühren für den Kanal zu hoch sind, doch, dass sie teilweise selbst daran schuld sind, ist den wenigsten bewusst.

Der Abwasserverband Grazerfeld hat es sich zusätzlich vor einigen Jahren zur Aufgabe gemacht beim Thema Abwasser Aufklärungsarbeit zu leisten. Mehrmals jährlich werden in den Schulen Vorträge darüber gehalten, was alles erforderlich ist, um eine Kläranlage und Kanäle betreiben zu können. Mithilfe des eigens produzierten Films „ARAbella klärt auf“ wird die lange Reise des Wassers zur Kläranlage in einfachster Form gezeigt und mit der Musterkläranlage wird der Reinigungsprozess dargestellt. Mit diesen Hintergrundinformationen bekommen die SchülerInnen eine Führung auf der Anlage und stellen mit Erstaunen fest, dass es weder schmutzig ist noch unangenehm riecht. Die Kinder sind die Zukunft und genau deswegen die richtige Zielgruppe.



©AWV Grazerfeld

6.2. Fazit

Wasser ist Lebensgrundlage für alle Menschen, Wasser wird beworben und wird hochgelobt, es gibt einen Weltwassertag. Doch beim dem Thema Abwasser will keiner mehr richtig hin hören, weil es schmutzig, dreckig, krankheitserregend ist. Der Kanal stinkt und Ratten haben dort ihren Lebensraum gefunden.

Aber dass eigentlich nur ein paar Zentimeter zwischen Wasser und Abwasser liegen, ist den wenigsten bewusst. Es wird meist von Abwasserentsorgung gesprochen, doch das Abwasser wird nicht entsorgt sondern gereinigt. Und dazu sind hoch technologische, mechanische, elektrische, chemische, biologische Mittel notwendig, die kostenintensiv sind. Die Abbildung zeigt den Kreislauf des Wassers. Vom Wasserwerk zu den Privathaushalten und der Industrie. Diese produzieren Abwasser, das über Kanalleitungen zur Kläranlage geführt wird. Das Abwasser wird gereinigt und der Natur sauber übergeben, somit ist der Wasserkreislauf wieder geschlossen.

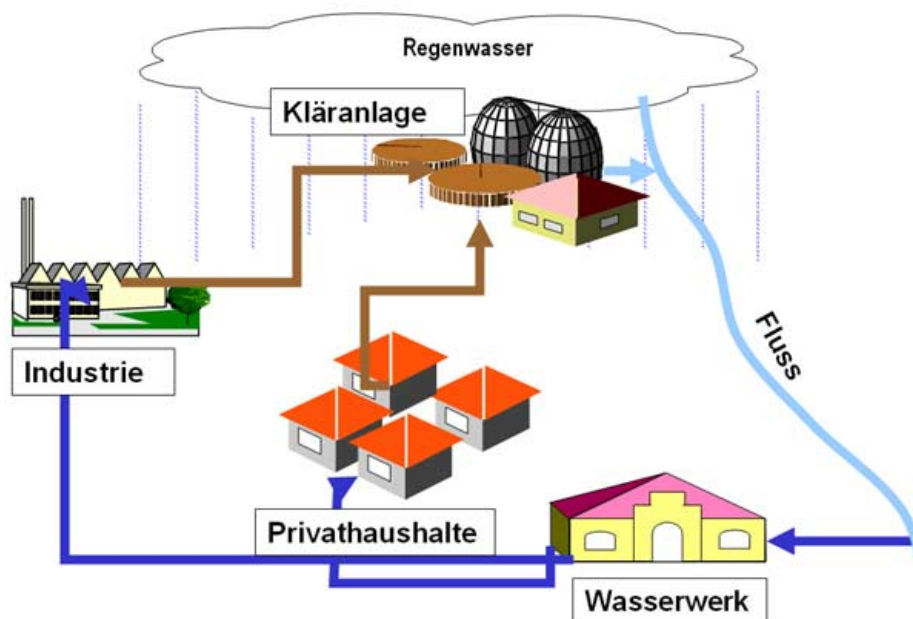


Abbildung 17: Wasserkreislauf⁶⁶

⁶⁶ Bürgerinfo Abwasser: Grundstücksentwässerung. URL: <http://www.buergerinfo-abwasser.de/Grundstuecksentwaesserung.2837.0.html> (Stand: 25.06.2012)

Wenn man sich mit dem Thema Abwasser beschäftigt, merkt man in kürzester Zeit, welchen Aufwand es für die Gemeinde und den Verband bedeutet, das Kanalnetz und die Abwasserreinigungsanlage instandzuhalten, um die rechtlichen Vorgaben der Europäischen Union, des Bundes und des Landes erfüllen zu können.

Keiner kann sich in der heutigen Zeit noch vorstellen, ein sogenanntes „Plumpsklos“ (Donnerbalken) zu benutzen, es ist selbstverständlich, die im Wohnraum integrierte Toilette zu benutzen und die Spülung zu betätigen. Es wird als normal angesehen, dass nichts nach Fäkalien riecht, doch das wäre ohne den Kanal nicht möglich. Der Bau und der Ausbau des Kanalnetzes und die dazugehörigen Abwasserreinigungsanlagen sind notwendig um einen gesunden Lebensraum zu schaffen. Der Bau und die Instandhaltungen sind dementsprechend kostspielig, doch auf den einzelnen Bürger hochgerechnet, kostet der Kanal nicht einmal eine halbe Semmel am Tag.

Ob es nun gerechte Gebühren gibt, lässt sich auch nach dieser Arbeit nicht feststellen, da jeder Mensch in Bezug auf Geld eine eigene Auffassung von Gerechtigkeit hat. Man kann aber sagen, dass die unterschiedliche Gestaltung der Gebühren zu bemängeln wäre.

Literaturverzeichnis

BÜCHER:

Bauer, Susanne / Hochörtler, Bernhard: Kanalabgaben in den steirischen Gemeinden. Hg. Arbeiterkammer für Angestellte und Arbeiter für Steiermark. Graz: Dezember 2009.

Heiss, Raimund / Pilz, Dietmar: Kosten- und Leistungsrechnung in der Siedlungswasserwirtschaft. Schriftenreihe Rechts- und Finanzierungspraxis der Gemeinden 2/2005. Wien: Manz 2005

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark (Hg.): Kanalabgaben in den Steirischen Gemeinden. Graz: Dezember 2009

KDZ Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH: Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände 2002, Band 38:. Wien: KDZ 3.ergänzte und erweiterte Auflage 2002

Olfert, Klaus: Kostenrechnung. Ludwigshafen (Rhein): Kiehl 16. verbesserte und aktualisierte Auflage. 2010

ÖWAV (Hg.): Grundlagen und Aufbau des Rechnungswesens in der Abwasserentsorgung. Wien: Selbstverlag des ÖWAV: 2010

Stelling, Johannes N.: Kostenmanagement und Controlling. München: Oldenbourg 3., unveränderte Auflage 2010

Oberleitner, Franz: Kommentar zum Wasserrechtsgesetz 1959. Wien: Manz 2., aktualisierte und wesentlich erweiterte Auflage 2007

INTERNETQUELLEN:

Abwasserverband Grazerfeld: Daten ARA Grazerfeld.

URL:<http://awvgrazerfeld.at/verband/index.php?id=32> (Stand: 14.04.2012)

Abwasserverband Grazerfeld: Daten Kanalnetz.

URL:<http://awvgrazerfeld.at/verband/index.php?id=5001>
(Stand:14.04.2012)

Bundeskanzleramt Österreich: Die Österreichische Bundesregierung.

URL:<http://www.bka.gv.at/site/7569/default.aspx> (Stand: 13.06.2012)

Das Land Steiermark: Das Leitbild der Fachabteilung 19A - Wasserwirtschaftliche Planung und Siedlungswasserwirtschaft. 2012.

URL:<http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/114318/DE/> (Stand: 15.06.2012)

Das Land Steiermark: Die Landesregierung. 2012.

URL:<http://www.politik.steiermark.at/cms/ziel/2315/DE/> (Stand: 15.06.2012)

Das Land Steiermark FA19A: Kosten- und Leistungsrechnung für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft in der Steiermark.

URL:http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10038378_879300/e2a9333c/KLR%20SWW%20Pr%C3%A4sentation%2020120328.pdf
(Stand: 21.05.2012)

Das Land Steiermark FA19A: Kosten- und Leistungsrechnung.

URL:http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10038378_879300/d66a9783/KLR%20SWW%20Tabellenkalkulation%20Leerformular%2020120328_maximal%2032%20Bauabschnitte.xls (Stand: 21.05.2012)

Das Land Steiermark FA19A: Kosten- und Leistungsrechnung.

URL:[KLR SWW Tabellenkalkulation Leerformular 20120328 maximal 32 Bauabschnitte](#) (Stand: 21.05.2012)

GSA: Denk Klobal Schütz' den Kanal – Zahlen und Fakten. o.J.

URL:http://www.gsa.or.at/index.php?option=com_content&view=article&id=3&Itemid=2 (Stand: 21.06.2012)

Kommunalkredit Public Consulting: Kosten- und Leistungsrechnung für ABA und WVA.

URL:http://www.umweltfoerderung.at/kpc/de/home/umweltfoerderung/fr_betriebe/wasser/alle_unterlagen/

Kommunalkredit Public Consulting: Spezialthemen zur Förderung in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft gemäß FRL 1999 i.d.g.F. 2010. Version 01/2012.

URL:http://www.umweltfoerderung.at/uploads/spezialthemen_v_27jan2012.pdf (Stand: 05.04.2012)

Lebensministerium.at: Förderung kommunale Siedlungswasserwirtschaft.

03.01.2011. URL:http://www.lebensministerium.at/wasser/wasser-oesterreich/foerderungen/trinkwasser_abwasser/foerderung.html (Stand: 13.06.2012)

ORF Vorarlberg:

Kürzung der Wasserwirtschaft-Förderung in Kritik. 19.05.2012.

URL:<http://vorarlberg.orf.at/news/stories/2533667/> (Stand: 18.06.2012)

Redaktion CP: Einzel- und Gemeinkosten.

URL:<http://www.controllingportal.de/Fachinfo/Kostenrechnung/Einzel-und-Gemeinkosten.html> (Stand: 02.04.2012)

Redaktion CP: Fixe Kosten (Fixkosten) und variable Kosten.

URL:<http://www.controllingportal.de/Fachinfo/Kostenrechnung/fixe-und-variable-Kosten.html> (Stand: 02.04.2012)

Statistik Austria: Maastricht-Indikatoren. 25.04.2012.

URL:http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/maastricht-indikatoren/index.html (Stand: 11.06.2012)

Statistik Austria: Gemeinden. 14.06.2012

URL:http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/gemeinden/index.html (Stand: 16.06.2012)

UNICEF: Tod durch verseuchtes Wasser. 19.03.2012.

URL:<http://www.unicef.de/presse/pm/2009/090319-weltwassertag-am-22maerz-tod-durch-verseuchtes-wasser/> (Stand: 25.06.2012).

ZEITSCHRIFTEN:

Kommunalkredit Austria AG (Hg.): Finanzbericht 2011. Wien: 16.12.2011.

Machatsch, Bernhard: Das Förderungswesen in der Siedlungswasserwirtschaft. In: Bericht zu 30 Jahre Förderung des Ausbaues der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. (Hg.): Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 19C Siedlungswasserwirtschaft. Graz: o.J.

Rupprecht, Manfred: Die Steirische Siedlungswasserwirtschaft in Gesetzen und Programmen. In: Bericht zu 30 Jahre Förderung des Ausbaues der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. (Hg.): Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 19C Siedlungswasserwirtschaft. Graz: o.J.

Steiermärkischer Gemeindebund (Hg.): Forderungskatalog des Steiermärkischen Gemeindebundes an die neue Landesregierung. In: Steirische Gemeindenachrichten. Nr. 6. Graz: 2010.

Wiedner, Johann: 30 Jahre Förderung und Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. In: Bericht zu 30 Jahre Förderung des Ausbaues der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. (Hg.): Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 19C Siedlungswasserwirtschaft. Graz: o.J. S. 110

SAMMELWERKE:

Kamper, Karl: Gebühren-Doppeldeckung und Äquivalenzprinzip aus verfassungsrechtlicher Sicht. In: Achatz, Markus {/ Ehrke-Rabel, Tina / Heinrich, Johannes / Leitner, Roman / Taucher, Otto} (Hg.): Steuerrecht Verfassungsrecht Europarecht. Wien: 2007 S. 247

SONSTIGE QUELLEN:

Bundesrechnungshof – Abschlussbericht über den Abwasserverband Grazerfeld. 04.11.1999. S.1 ff.

Fotos wurden zur Verfügung gestellt von:

Abwasserverband Grazerfeld

GSA – Gemeinschaft Steirischer Abwasserentsorger

Anhang

Landesrecht Steiermark

Kanalabgabengesetz 1955

http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=LrStmk&Dokumentnummer=LRS_T_3715_001

Bundesland

Steiermark

Titel

Gesetz vom 28. Juni 1955 über die Erhebung der Kanalabgaben (3)
durch die Gemeinden des Landes Steiermark
(Kanalabgabengesetz 1955)

Stammfassung: LGBl. Nr. 71/1955 (EZ 205 Blg.Nr. 71 III. GPStLT)

Novellen: (1) LGBl. Nr. 158/1963 (EZ 201 Blg.Nr. 36 V. GPStLT)

(2) LGBl. Nr. 63/1965 (EZ 374 Blg.Nr. 82 V. GPStLT)

(3) LGBl. Nr. 40/1971 (EZ 175 Blg.Nr. 24 VII. GPStLT)

(4) LGBl. Nr. 67/1986 (EZ 1056 Blg.Nr. 116 X. GPStLT)

(5) LGBl. Nr. 44/1987 (KV)

(6) LGBl. Nr. 80/1988 (EZ 361 Blg.Nr. 33 XI. GPStLT)

(7) LGBl. Nr. 3/2003 (KV)

(8) LGBl. Nr. 81/2005 (EZ 60 Blg.Nr. 254 XIV. GPStLT)

Text

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Abgabeberechtigung.

§ 1.

Die Gemeinden des Landes Steiermark, welche öffentliche Kanalanlagen zur Ableitung von Abwässern errichten und betreiben, werden auf Grund des § 8 Abs. 5 des Finanzverfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45, ermächtigt, durch Beschluß des Gemeinderates eine einmalige Abgabe zur Deckung der Kosten der Errichtung und der Erweiterung der öffentlichen Kanalanlage (Kanalisationsbeitrag) nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu erheben. (3)

Gegenstand der Abgabe.

§ 2.

(1) Der Kanalisationsbeitrag ist einmalig für alle Liegenschaften im Gemeindegebiete zu leisten, für welche eine gesetzliche Anschlußpflicht an das bereits bestehende öffentliche Kanalnetz besteht, ohne Rücksicht darauf, ob sie an das Kanalnetz tatsächlich angeschlossen sind oder nicht.

(2) Bei Neulegung öffentlicher Kanäle ist der einmalige Kanalisationsbeitrag für alle anschlusspflichtigen Liegenschaften ohne Rücksicht auf ihren tatsächlichen Anschluß zu leisten. Ein weiterer Kanalisationsbeitrag ist, unbeschadet der Bestimmungen des § 1, auch für den Umbau, die Erneuerung oder die Verbesserung der technischen Einrichtungen von Abwasserreinigungsanlagen für bereits bestehende Kanäle zu entrichten, sofern diese baulichen Maßnahmen im Hinblick auf die technische Entwicklung auf Grund von gesetzlichen Bestimmungen bescheidenmäßig festgelegt werden. Die Beitragspflicht entsteht zur Hälfte bei Baubeginn und zur Hälfte bei Vorliegen der technischen Anschlußmöglichkeit an die öffentliche Kanalanlage oder Fertigstellung der Abwasserreinigungsanlage.

(6)

(3) Bei anschlusspflichtigen Neubauten und bei Zu und Umbauten in anschlusspflichtigen Baulichkeiten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entsteht die Beitragspflicht mit der erstmaligen Benützung der Baulichkeit oder ihrer Teile. Bei Wiedererrichtung einer zerstörten, abgetragenen oder beschädigten Baulichkeit ist der Kanalisationsbeitrag nur insoweit zu leisten, als das wiedererrichtete Bauwerk die Ausmaße des früheren überschreitet. (8)

(4) Für außerhalb des Verpflichtungsbereiches gelegene Liegenschaften entsteht die Beitragspflicht mit dem freiwilligen Anschluß an das öffentliche Kanalnetz.

§ 3.

(entfallen) (6)

Ausmaß.

§ 4.

(1) Die Höhe des Kanalisationsbeitrages bestimmt sich aus dem Produkt von Einheitssatz und der Bruttogeschosßflächen eines Gebäudes. Dabei sind Keller und Dachgeschoße zur Hälfte, die übrigen Geschoße zur Gänze zu berechnen; Nebengebäude, oberirdische Garagen und Wirtschaftsgebäude, die keine Wohnung oder Betriebsstätte enthalten, werden nach der Bruttogeschosßfläche des Erdgeschoßes ohne Rücksicht auf die Geschoßanzahl eingerechnet. Bei Tiefgaragen ist der Berechnung die Bruttogeschosßfläche jenes Geschoßes zugrunde zu legen, das die größte Ausdehnung hat. Für Hofflächen, das sind ganz oder teilweise von Baulichkeiten umschlossene Grundflächen (in Quadratmetern), deren Entwässerung durch die Kanalanlage erfolgt, darf höchstens die Hälfte und für unbebaute Flächen (in Quadratmetern) mit künstlicher Entwässerung in die öffentliche Kanalanlage darf höchstens ein Zehntel des Einheitssatzes in Anrechnung gebracht werden. (8)

(2) Der Einheitssatz ist vom Gemeinderat in der Kanalabgabenordnung (§ 7) nach den durchschnittlichen ortsüblichen Baukosten je Meter der Kanalanlage, höchstens bis zu 7,5 v. H. dieser Baukosten für den Meter festzusetzen. Bei der Festsetzung des Einheitssatzes sind aus Bundes und Landesmitteln für die Errichtung, die Erweiterung, den Umbau, die Erneuerung oder die Verbesserung der öffentlichen Kanal und Abwasserreinigungsanlage gewährte Beiträge und Zuschüsse in Abschlag zu bringen. (8)

(3) Bei Wirtschaftsgebäuden mit land oder forstwirtschaftlicher Nutzung gelangen nur jene baulich abgegrenzten Geschosßflächen (in Quadratmetern) zur Verrechnung, deren Entwässerung durch die öffentliche Kanalanlage erfolgt. Ausschließlich Lagerzwecken dienende Gebäude eines Gewerbe, Handels, Dienstleistungs oder Industriebetriebes mit künstlicher Entwässerung in die öffentliche Kanalanlage sind lediglich mit der Bruttogeschosßfläche des Erdgeschoßes in Anrechnung zu bringen. (8)

(4) Bei Zu und Umbauten von Baulichkeiten ist der ergänzende Kanalisationsbeitrag (Ergänzungsbeitrag) entsprechend der neu gewonnenen Bruttogeschosßfläche zu berechnen. (8)

(5) Ist durch die Zweckbestimmung einer Baulichkeit eine über das übliche Maß hinausgehende Beanspruchung des Kanals und der dazugehörigen Anlagen zu gewärtigen, so erhöht sich über Beschluß des Gemeinderates der Kanalisationsbeitrag noch um die Kosten der hiedurch notwendigen besonderen Ausgestaltung der Kanalanlage (Sondergebühr). Diese Erhöhung darf den durch die besondere Inan-

spruchnahme erhöhten Bauaufwand nicht übersteigen. Wird die besondere Ausgestaltung der Kanalanlage wegen übermäßiger Inanspruchnahme durch mehrere Betriebe notwendig, so ist die Erhöhung des Kanalisationsbeitrages verhältnismäßig aufzuteilen.

(6) Für die Auslegung der in diesem Paragraphen enthaltenen spezifisch baurechtlichen Bestimmungen ist das Steiermärkische Baugesetz 1995, LGBl. Nr. 59/1995, heranzuziehen. (8)

Abgabepflichtiger, Fälligkeit und Haftung (8)

§ 5.

(1) Zur Entrichtung des einmaligen Kanalisationsbeitrages ist der Eigentümer der anschlusspflichtigen Liegenschaft, sofern dieser aber mit dem Bauwerkseigentümer nicht identisch ist, der Eigentümer der anschlusspflichtigen Baulichkeit verpflichtet.

(2) Der Kanalisationsbeitrag ist nach Ablauf der im Abgabenbescheid (§ 8) festzusetzenden Zahlungsfrist fällig und kann in den im Abgabenbescheid festzusetzenden Teilzahlungen entrichtet werden.

(3) Der Kanalisationsbeitrag ist eine ausschließliche Gemeindeabgabe im Sinne des § 6 Abs. 1 Z. 5 des Finanz Verfassungsgesetzes 1948. Für den Kanalisationsbeitrag samt Nebengebühren haftet auf dem Grundstück ein gesetzliches Pfandrecht. (1) (8)

Kanalbenutzungsgebühren.

§ 6.

(1) Die Erhebung von laufenden Gebühren für die Benützung von öffentlichen Kanalanlagen (Kanalbenutzungsgebühren) obliegt dem freien Beschlußrechte der Gemeinden.

(2) Das Ausmaß des mutmaßlichen Jahresertrages der Kanalbenutzungsgebühren darf das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der öffentlichen Kanal und Abwasserreinigungsanlage, für die Verzinsung und Tilgung der Kosten für die Errichtung, die Erweiterung, den Umbau oder die Erneuerung unter Berücksichtigung einer der Art der Anlage entsprechenden Lebensdauer sowie für die Bildung einer angemessenen Erneuerungsrücklage nicht übersteigen. (4)

(7) (8)

(3) Sofern die Kanalabgabenordnung der Gemeinde nicht anderes bestimmt, entsteht die Gebührenschuld für die Kanalbenützung mit dem 1. des Monates, in dem der öffentliche Kanal in Benützung genommen wird.

(4) (entfallen) (1)

Kanalabgabenordnung.

§ 7.

(1) In jeder Gemeinde mit einer öffentlichen Kanalanlage ist vom Gemeinderat eine Kanalabgabenordnung zu beschließen, welche zu enthalten hat:

- a) die Erhebung der Kanalisationsbeiträge (§ 1);
- b) die Erhebung der Kanalbenutzungsgebühren (§ 6);
- c) die Höhe des Einheitssatzes für die Berechnung des Kanalisationsbeitrages (§ 4), erforderlichenfalls getrennt für Schmutzwasser , Regenwasser und Mischwasserkanäle;
- d) die Höhe des Einheitssatzes für die Berechnung der Kanalbenutzungsgebühren (§ 6), erforderlichenfalls getrennt für Schmutzwasser , Regenwasser und Mischwasserkanäle;
- e) die Grundlagen für die Festsetzung des Einheitssatzes, aus denen sich die Höhe des Kanalisationsbeitrages errechnet;
- f) die Zahlungstermine für die laufenden Kanalbenutzungsgebühren.

(8)

(2) Die Kanalabgabenordnung sowie allfällige spätere Änderungen oder Ergänzungen sind nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung zwei Wochen hindurch öffentlich kundzumachen und treten, sofern nicht anderes bestimmt wird, mit dem Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Monatsersten in Kraft.

Abgabenbescheid.

§ 8.

(1) Der Kanalisationsbeitrag ist im Einzelfall auf Grund dieses Gesetzes und der Kanalabgabenordnung der Gemeinde vom Bürgermeister in einem Abgabenbescheid festzusetzen, wobei die von der Baubehörde genehmigten Baupläne als Grundlage für die Berechnung der Bruttogeschosßflächen und der Geschosßanzahl dienen. (8)

(2) Der Abgabenbescheid hat zu enthalten:

- a) den Namen und die Anschrift des Abgabepflichtigen;
- b) die gesetzlichen Bestimmungen und den Beschluß des Gemeinderates, auf die sich die Vorschreibung stützt;
- c) die Höhe des einmaligen Kanalisationsbeitrages (der Kanalbenützungsgebühr);
- d) die gewährten Teilzahlungen;
- e) die Zahlungsfrist;
- f) die Berechnungsgrundlagen, aus denen sich die Höhe der Abgabe ergibt;
- g) die Rechtsmittelbelehrung.

(3) Die vorstehenden Abs. 1 und 2 gelten sinngemäß auch für die Vorschreibung der laufenden Kanalbenützungsgebühren mit der Bestimmung, daß die einmal festgesetzte Kanalbenützungsgebühr so lange in derselben Höhe zu entrichten ist, als nicht ein neuer Abgabenbescheid ergeht.

Veränderungsanzeige, Auskunftspflicht und Kontrolle.

§ 9.

(1) Treten nach Zustellung des Abgabenbescheides (§ 8) derartige Veränderungen ein, daß die demselben zugrunde gelegenen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so hat der Abgabepflichtige diese Veränderungen binnen vier Wochen nach ihrem Eintritt oder Bekanntwerden der Gemeinde schriftlich anzuzeigen.

(2) (entfallen) (1)

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde (3)

§ 10

Die in diesem Gesetz geregelten Aufgaben der Gemeinde sind solche des eigenen Wirkungsbereiches.

§ 11 (8)

Strafbestimmungen

(1) Handlungen oder Unterlassungen, durch welche die Kanalabgabe verkürzt wird, sind als Verwaltungsübertretungen mit Geldstrafe bis zum Zweifachen des verkürzten Betrages, höchstens aber mit 15.000 Euro zu bestrafen; für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.

(2) Die Ahndung der Verwaltungsübertretungen richtet sich nach dem Verwaltungsstrafgesetz 1991, BGBl. Nr. 52/1991, in der Fassung BGBl. I Nr. 117/2002.

(3) Die verhängten Geldstrafen fließen der abgabenberechtigten Gemeinde zu.

§ 11a (8)

Verweise

Verweise in diesem Gesetz auf andere Landesgesetze beziehen sich auf die jeweils geltende Fassung.

Schlußbestimmungen.

§ 12.

(1) Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft.

(2) Mit dem Wirksamkeitsbeginne dieses Gesetzes treten die §§ 7 bis 13 des Gesetzes vom 10. März 1916, LGuVBl. Nr. 30, außer Kraft.

Eidesstattliche Erklärung

„Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Arbeit von mir selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt worden ist, insbesondere dass ich alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, durch Zitate als solche gekennzeichnet habe. Weiterhin erkläre ich, dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen hat. Ich versichere, dass die von mir eingereichte schriftliche Version mit der digitalen Version der Arbeit übereinstimmt.“

Eva Christof

Laßnitzhöhe, Juli 2012